Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 287. Mittwoch, den 8. Dezember 1920. 27. Jahrgang.

Parteien und Parteitage.

Unsere „unabhängigen" Freunde werden es nicht mehr haben wollen, aber jeder, der politisch überhaupt mitarbeitet, wird es aus eigener Erfahrung bestätigen können: seit die „Unabhängigen" die kommunistischen Radikalen los geworden sind, ist die U. S. P. D. eine andere Partei geworden. Sie hält gewiß formell noch an dem Leipziger Aktionsprogramm fest, aber doch nur in dem Sinne wie die Deutsche Volkspartei an der Monarchie, das heißt als tönende Schlickphrase einer sonst langweiligen Agitationspauke. Jedenfalls haben die „Unabhängigen" jede putschistische Taktik nunmehr aufgegeben, das Schimpfen und Verleumden hat ziemlich aufgehört, und man kann menschlich und politisch mit den „Unabhängigen" wieder zusammenarbeiten. Dieser Wandel zeigt seine erfreulichen Wirkungen sofort bei den Regierungsbildungen. Unsere Genossen in Sachsen brauchen weder die Macht in die Hände der Bürgerlichen zu legen, noch sich mit der Deutschen Volkspartei an einen Tisch zu setzen; sie werden mit den „Unabhängigen" eine Regierung bilden, werden für die Wahl des Ministerpräsidenten die kommunistischen Hilfsstimmen erhalten und sich im übrigen die notwendige Mehrheit bald bei den Demokraten, bald bei den Kommunisten verschaffen können. Unsere Genossen Buck, Schwarz und Dr. Harnisch bleiben voraussichtlich Minister, und sie können danach auch früher wohl nicht solche Scheusäler und Arbeiterverräter gewesen sein, wie die „Unabhängigen" vielfach behauptet haben, wenn diese sich jetzt mit diesen in ein Ministerium zusammensetzen.

Auch in Bremen ist angesichts der veränderten Verhältnisse eine Regierungskrise ausgebrochen. „Unabhängige" und Sozialdemokraten verfügen dort über 59 Stimmen gegen 56 bürgerliche, und sie scheinen gewillt, einen akuten Konfliktsfall dazu zu benutzen, um die bürgerliche Regierung zu entfernen und selbst die Leitung der Geschäfte wieder in die Hand zu nehmen. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß die Henke und Lipinski von dem Moskowitertum gründlich geheilt sind, und daß es mindestens für einige Zeit möglich sein wird, mit ihnen praktische Politik zu treiben.

Inzwischen hat sich der linke Flügel der „Unabhängigen", die Neukommunisten, mit den Altkommunisten (K. P. D.) den Vereinigten kommunistischen Parteien (V. K. P.) zusammengeschlossen. Viel Schwung und Stimmung hat auf dem Vereinigungsparteitag in Berlin nicht geherrscht. Weder die weltpolitischen Phantasien des Dr. Levi, noch die innerpolitische Waffenfreude Däumigs haben die Zuhörer warm werden lassen, und bei dem Agrarprogramm wurde es gar schlimm. Man hat auch bei den Kommunisten eingesehen, daß sich die Agrarfrage nicht mit dem Schlagwort Sozialisierung lösen läßt, und will deshalb aus Leibeskräften — Opportunitätspolitik treiben. Natürlich wird mit rabulistischem Scharfsinn bewiesen, daß diese Opportunitätspolitik allein echt revolutionär sei; denn die sozialistische Revolution könne in Deutschland nur siegen, wenn man den Bauer mindestens neutralisiere. Wir fürchten, dann werden die Kommunisten auf ihre Revolution noch recht lange warten müssen. Einstweilen ist dieser Auseinandersetzung nur ein Heiterkeitserfolg sicher. Wenn Dr. Schwarz (Kiel), der vor einem halben Jahre als Dr. Schwarz (Chemnitz) ein mehrheitssozialistisches Mandat erstrebte, aber nicht nicht erhielt, jetzt als kommunistischer Parteisekretär auseinandersetzte, Opportunismus vor der Revolution sei echt marxistisch, Opportunismus nach der Revolution Verrat, so wird man ja nicht leugnen können, daß der Mann sich auf persönlichen Opportunismus ausgezeichnet versteht; aber Sachverständiger in sozialistischen Fragen ist er schon viel weniger. Die Organisation der Kommunisten ist jedenfalls der unserer Partei aufs sorgfältigste abgelauscht, und man hat bei den Kommunisten zwar viel Most sich absurd gebärden sehen, aber auf den guten Wein wartet man bisher vergeblich.

Ob nicht auch den Kommunisten dämmert, daß ihre kapitalistischen Gegenspieler, die Herren von der Deutschen Volkspartei, die jetzt in Nürnberg Parteischau hatten, viel klüger sind? Die Leute verfolgen praktische Ziele mit praktischen Mitteln und erreichen etwas für ihre Kapitalsinteressen. In Nürnberg haben sie die Teilnahme an der Regierung widerspruchslos gutgeheißen, und wir glauben den Kapitalisten gern, daß die Raumer und Scholz für sie wertvoll sind. Als nächste Ziele wurden aufgesteckt: ein Ausnahmegesetz gegen die Streiks, die Ueberwindung des „Dogmas vom Achtstundentag", und ein Ausnahmegesetz gegen die Kommunisten. Den Kommunisten soll das Wahlrecht genommen werden. Ein Aberwitz, zu dem sich selbst Bismarck in der Zeit des Sozialistengesetzes nicht verstiegen hat. Das wäre allerdings ein unfehlbares Mittel, um das gestrandete Schiff des Kommunismus wieder auf die hohe Flut zu bringen. Die Verlängerung der Arbeitszeit und das Verbot des Streiks zunächst in den lebenswichtigen Betrieben richtet sich unmittelbar gegen die gesamte Arbeiterklasse. Weniger als irgendein anderer Parteigänger wird ein Mehrheitssozialist bestreiten, daß auch die Arbeiter sich den Forderungen des Gemeinwohls unterordnen müssen. Aber das setzt voraus, daß man ihnen auch ohne Streik in gerechter Würdigung die Lebensmöglichkeit sichert. Bei der heutigen Wirtschafts- und Ernährungspolitik, bei dem überstürzten und planlosen Abbau der Zwangswirtschaft und den fortwährend steigenden Preisen ist der Arbeiter zu neuen Lohnforderungen und nötigenfalls zu Streiks unaufhörlich gezwungen. Die Deutsche Volkspartei hat die arbeitende Bevölkerung bisher nur bedrücken können; sie hat auch nicht den leisesten Versuch gemacht, sie zu befriedigen.

Noch nennt die „Tägliche Rundschau" die Deutsche Volkspartei stolz die „Partei des Wiederaufbaues". Was hat sie wiederaufgebaut? In Phrasen den Hohenzollernthron und in Taten den freien Lebensmittelwucher. Sonst nichts. Die Schulden des Reiches hat sie um 50 Milliarden vermehrt, in der Druckerei von Papiergeld einen unter keiner früheren Regierung auch nur geahnten Rekord erreicht, das Defizit der Eisenbahnen und der Post verdoppelt und nichts für die Beseitigung der Wohnungsnot, nichts für die Bestellung der Aecker unternommen.

Weder Vereinigte Kommunisten noch Deutsche Volkspartei, weder kurierte „Unabhängige" noch selbstmordlüsterne Demokraten werden denn auch bei den bevorstehenden Preußenwahlen Werbekraft entfalten können. Die Entscheidung fällt zwischen der Sozialdemokratie auf der einen und den Deutschnationalen auf der anderen Seite. In diesen beiden Parteien treten sich die großen Gegensätze der Zeit leibhaftig gegenüber, und das Volk muß wählen, ob es zurück will zur Monarchie, zu neuer Kriegshetzerei und alter Ausbeutung oder vorwärts durch Demokratie und Frieden zu segensvoller Sozialisierung.

Deutscher Reichstag.

Der agrarische Heerbann für Hermes.

43. Sitzung.

Dienstag, den 7. Dezember, mittags 12 Uhr.

Am Regierungstisch: Dr. Wirth, Hermes.

Im Gegensatz zum Montag verliefen die Verhandlungen des Reichstages am Dienstag recht zahm. Drei große Landwirte, je einer von der Zentrumspartei, den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei streuten dem Reichsernährungsminister Lorbeeren auf den dornenvollen Pfad. Hermes muß sich wirklich große Verdienste um den Profit der Herren erworben haben. Zwischendurch machten die Agrarier ohne Unterschied der Partei ihrer Abneigung gegen den Achtstundentag Luft. Auch gegen das Betriebsrätegesetz wurden Kampfrufe ausgestoßen, woraus die Arbeiter lernen wollen, daß dieses Gesetz trotz aller Mängel eine gute Waffe für die Arbeiterklasse ist. Heftig wendeten sich die bürgerlichen Redner gegen den sozialdemokratischen Landwirtschaftsminister in Preußen. Ihr Ziel ist, wie die Deutsche Volkspartei angibt, den preußischen Landwirtschaftsminister zu stürzen. Die bürgerlichen Parteien hoffen auf die preußischen Landtagswahlen. Sie erwarten, daß die Selbstzerfleischung der deutschen Arbeiterklasse ihnen zu Erfolgen verhilft, wie am 6. Juni im Reich und jüngst in Sachsen. Diese Hoffnung kann aber getäuscht werden, wenn sich die vernünftig gebliebenen Elemente der links von uns stehenden Sozialisten den Abgeordneten Herz, der für die U. S. P. D. sprach, zum Vorbild nehmen. Er richtete seine ganze und zwar berechtigte Kritik gegen den Minister und dessen bürgerliche Schutztruppen, ohne im geringsten Verstimmung zwischen den sozialistischen Parteien heraufzubeschwören. Der Minister wurde durch die Angriffsrede der U. S. P. D. gezwungen, sofort zu antworten. In seiner sachlichen Politik wird sich kein Sozialist mit Herrn Hermes einigen können, was aber die wiederum erörterte Affäre im Reichsernährungsministerium angeht, so kann die Untersuchung noch nicht als abgeschlossen gelten.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Kleine Anfragen.

Bezüglich eines Gesetzentwurfes über die einheitliche Lehrerbildung im Reiche auf Grund des Artikels 143 Absatz 2 der Verfassung — Anfrage des Abg. Hellmann (Soz.) — konnte die Reichsregierung nur mitteilen, daß dieser noch nicht vorgelegt worden sei, weil im Hinblick auf die wirtschaftliche Notlage des Reiches und der Länder zuvor die finanzielle Rückwirkung des Gesetzes beachtet werden müsse, wozu es Verhandlungen mit den Finanzministern des Reiches und der Länder bedürfe. Sobald es gelungen sei, die Frage der Kostendeckung in befriedigender Weise zu klären, werde der Gesetzentwurf dem Reichsrat frühestens vorgelegt werden.

Hierauf wird die Beratung des Reichshaushaltes beim Ministerium für

Ernährung und Landwirtschaft

fortgesetzt.

Abg. Blum (Z.): Wir billigen die Tätigkeit des Reichsernährungsministers. Die Gemeinden wissen vor finanzieller Not nicht mehr aus noch ein. Sie wollen von der Zwangswirtschaft befreit sein. Die Beschaffung von Saatgetreide muß dezentralisiert werden. Die Düngemittel müssen verbilligt werden. Wir müssen vor allen Dingen für Futtermittel sorgen, damit der Anreiz zur Verfütterung von Brotgetreide fortfällt. Die Welternte ist in diesem Jahre vorzüglich und kann zur Ausgleichung unserer Ernte herangezogen werden. An den Kartoffelmuckerpreisen ist der Landwirt nicht schuld. Die Kartoffelernte von 50 Millionen Zentnern ist für die Ernährung ausreichend bei richtiger Verteilung. Unsere hochentwickelte Oelindustrie muß bestens gefördert werden, damit der Butterverbrauch durch Margarine ersetzt werden kann und mehr Milch frei wird. Die Ueberleitungszuschüsse für Bauten müssen in erster Linie für ländliche Siedlungen gegeben werden.

Abg. Krüger-Koppenrade (Dn.): Ich befürchte fürs nächste Jahr einen noch größeren Rückschlag der Ernte. An dem Milchmangel ist die Landwirtschaft nicht schuld. Wir müssen die Kraftfuttereinfuhr fördern. Es ist nicht richtig, die Produktionssteigerung allein von der Anwendung künstlicher Düngemittel abhängig zu machen.

Abg. Dusche (DVp.): Einen Teil der Schuld daran, daß die landwirtschaftliche Produktion gesunken ist und die Lebensmittelverhältnisse schlecht sind, ist dem früheren Minister Schmidt zuzuschreiben. Mit den städtischen Arbeitern haben wir auf dem Lande meistens keine guten Erfahrungen gemacht, nicht einmal bei den Erntearbeiten. Der Achtstundentag hat auch die landwirtschaftliche Produktion zurückgebracht. Es muß ermöglicht werden, daß durch freie Vereinbarung die Arbeitszeit verlängert werden kann. Um die Produktion zu heben, bedarf es der Zuführung einer ausreichenden Menge von Düngemitteln. Mit der Kaliversorgung ist es ja besser geworden. Die Flachsbewirtschaftung muß freigegeben werden, damit der Anbau gefördert werden kann. Die Abgabebedingungen sind dadurch verschlechtert worden, daß die Lagerkosten auf das Doppelte gestiegen sind und dadurch die Flachspreise erhöht worden sind. Die Fleischpreise werden sich mit der Zeit senken. Die Landlieferungsverbände müssen schneller arbeiten. In Siedlungsfragen müssen die Landeskulturbehörden entscheidend sein. Das Reichsrahmengesetz über die Landwirtschaftskammern begrüßen wir.

Abg. Dr. Hertz (Unabh. rechts): Der Reichskanzler hat durch seine gestrigen Drohworte in die Rechte der Abgeordneten eingegriffen. Wir müssen dagegen protestieren. Der Reichskanzler ist über seine Rechte hinausgegangen. Minister Hermes hat gestern den Brief des Staatssekretärs Ramm nicht vollständig durchgelesen; sonst hätte man ersehen, daß es Ramm mit der Aufdeckung der Korruption ernst war. Die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Oele und Fette hat der Minister unter dem Druck der süddeutschen Agrarier vorgenommen. Die wichtigsten Voraussetzungen für die Aufhebung der Zwangswirtschaft, ein gesunder Stand der landwirtschaftlichen Produktion, fehlen. Die Freigabe der Viehwirtschaft hat zur übermäßigen Verfütterung von Brotgetreide geführt, das dadurch teurer geworden ist. Der Widerstand der Landwirte wird unterstützt durch die Müller. Wir verlangen, daß der Staat seine Zwangsmittel gegen die widerstrebenden Elemente gebraucht. Die jetzigen Schwierigkeiten werden sich steigern, je mehr das kapitalistische Eigentum in die Landwirtschaft eindringt. Nur durch die Sozialisierung von Grund und Boden kann die Erzeugung gesteigert werden. (Beifall links.)

Reichsminister Dr. Hermes: Die Rückwirkung der freien Fleischwirtschaft auf das Brotgetreide habe ich anerkannt. Uebrigens haben die Konsumgenossenschaften die freie Fleischwirtschaft viel eher gefordert, als ich. Zur Erhaltung des Brauereigewerbes mit seinen über 120 000 Arbeitnehmern war eine stärkere Belieferung der Brauereien erforderlich. Die schwächere Belieferung hat nur zu vermehrtem Schnapsgenuß geführt. Die staatliche Exekutive soll zur Sicherung der Anlieferung aufs schärfste durchgeführt werden. Die freie Einfuhr von Lebensmitteln ist überall zulässig, wo das Angebot ohne wesentlichen Schaden vermehrt werden kann, wie bei Obst und Gemüse. Die Aufhebung der Kartoffelzwangswirtschaft war bereits vor der Errichtung meines Ministeriums in die Wege geleitet worden.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 9. Dezember, 2 Uhr. Fortsetzung, außerdem Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und der Schweiz.

Schluß 6½ Uhr.

Ententenote gegen Ministerreden im besetzten Gebiet.

Dem Minister des Aeußeren sind Montag, wie amtlich gemeldet wird, von dem englischen und französischen Botschafter und von dem belgischen Gesandten drei im Wortlaut übereinstimmende Noten übergeben worden, in denen **über die Reden des Reichskanzlers und des Außenministers im besetzten Gebiet Beschwerde erhoben** wird. Die Noten liegen dem Reichskabinett zur Stellungnahme vor.

Wie dem „Berl. Tageblatt" noch mitgeteilt wird, besagen die Noten, daß Reden, wie sie von Fehrenbach und Dr. Simons gehalten worden seien, die erstrebte Verständigung beeinträchtigen müßten, und daß deswegen und wegen der Notwendigkeit, die Ordnung in den besetzten Gebieten aufrechtzuerhalten, bei der Wiederholung solcher Vorkommnisse Maßnahmen getroffen werden würden.

Minister als Abgeordnete.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns zu den Vorgängen in der Reichstagssitzung vom 6. ds. Mts. geschrieben: In einem großen Teil der Presse hat man es als ungewöhnlich und anstößig empfunden, daß nicht nur der sozialdemokratische Abgeordnete Otto Braun, sondern auch der preußische Ministerpräsident Braun sich in der Reichstagsdebatte gegen einige Auslassungen des Reichsernährungsministers Hermes gewandt hat. Diese Auffassung zeigt, daß man bei uns immer noch Vorfälle als Novum und als unfaßbar empfindet, die in Ländern mit alter parlamentarischer Vergangenheit kaum noch aus dem Rahmen des Häufigen und Gebräuchlichen fallen. Es ist weiterhin bedauerlich, daß ein erheblicher Teil der Presse in seinem Befremden über dieses Ereignis vergessen hat, die Rede Brauns auf ihr agrarpolitisches Programm hin materiell so zu würdigen, wie sie es verdiente. Das ist um so beklagenswerter, als Brauns agrarpolitische Forderungen

für unsere gesamte Volksernährung so bedeutsam, ja so grundlegend sind, daß ihre Unterstützung durch alle Kreise des Volkes, die eine Ernährungskatastrophe vermeiden wollen, unbedingt notwendig ist.

Aber auch in anderer Hinsicht muß der Zuhörer jener Parlamentsdebatte sagen, daß Braun nicht mutwillig von seiner Doppeleigenschaft als Abgeordneter und Ministerpräsident Gebrauch machte, sondern durch die Ereignisse jener Sitzung und den sachlichen Inhalt der Rede des auf seine Abgeordnetenrede erwidernden Reichsernährungsministers dazu gezwungen wurde. Braun hat seinerzeit, als er mit der Aufdeckung des Falles Augustin einen Fall von schlimmster Korruption bloßlegte, ja doch nur der tagtäglich erhobenen Forderung der rechtsoppositionellen Presse entsprochen, gegen Korruption, wo sie sich im Staate zeige, rücksichtslos vorzugehen. Um so eigenartiger war es, daß damals die Rechtspresse nun nicht etwa über Herrn Augustin herfiel, sondern über den Ministerpräsidenten Braun und seinen Staatssekretär Dr. Ramm, und Name und Person dieser beiden in dieser Angelegenheit wochenlang so hin- und herzerrte, daß eine schwere Ehrenkränkung für sie damit verbunden war. Was ist natürlicher, als daß Ministerpräsident Braun, der zur Zeit jener Pressepolemik schwer krank in der Klinik lag, nunmehr die erste Gelegenheit, vor dem Forum der Volksvertretung über diese Dinge zu sprechen, benutzte? Nur der kann ihm einen Vorwurf daraus machen, den es verdrießt, daß der in agrarischen Kreisen so stark befehdete Landwirtschaftsminister als der Ueberlegene aus dieser Streitsache hervorgegangen ist.

An die Tatsache, daß Minister des Reichs oder der Bundesstaaten auch in ihrer Abgeordneteneigenschaft im Parlamente sprechen, wird man sich bei uns allmählich gewöhnen müssen, und man wird wohl auch nicht an eine Fraktion das Ansinnen stellen können, ihren langjährigen agrarpolitischen Programmredner deshalb nicht sprechen zu lassen, weil er bundesstaatlicher Minister ist. Die eigenartige staatsrechtliche Struktur Deutschlands kompliziert allerdings die Verhältnisse etwas mehr als im Auslande. Aber auch das ist nichts unbedingt Neues, denn ein Gegensatz zwischen einzelnen Bundesstaaten und dem Reich hat — man denke nur an die jahrzehntelang völlig verschiedenartige Zusammensetzung von Reichstag und preußischem Abgeordnetenhaus — ja schon seit langem bestanden. Die Krisenpolitiker, die aus dem Vorfall im Reichstage in der Aufregung des Augenblicks mehr herauslesen wollten, als sich aus ihm entwickeln kann und wird, tun also gut, mit Katastrophenprophezeiungen zurückzuhalten und sich weise darauf zu beschränken, einem Ereignis beigewohnt zu haben, das zweifellos politisch bedeutsam war, aber die notwendige ruhige Weiterentwicklung der Dinge nicht stören, sondern höchstens fördern kann.

Der Auswärtige Ausschuß gegen die Oberschlesier-Abstimmung in Köln.

Der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten beschäftigte sich Dienstag mit der Antwortnote auf den englischen Vorschlag über die Abstimmung in Oberschlesien. Die Verhandlungen waren vertraulicher Natur. Sie ergaben, wie verlautet, gegenüber dem Vorschlage des englischen Premierministers völlige Einmütigkeit. Die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses dauerte bis 2 Uhr. Die Verhandlungen wurden durchweg für vertraulich erklärt. Wie die „Voss. Ztg." hört, ist auch über Südtirol (die Zwischenfälle Simons und v. Beerenberg-Goßler) gesprochen worden.

Bolschewistische Judenverfolgungen.

Wie Lemberger Blätter melden, sind in Tarnopol und zahlreichen anderen ostgalizischen Orten über 6000 jüdische Flüchtlinge aus der Sowjet-Ukraine angekommen. Wie die Vertriebenen berichten, haben sie bis vor kurzem nichts durch die Bolschewisten auszustehen gehabt. Dieses gute Verhältnis änderte sich jedoch mit jedem neu eingetroffenen Sowjetkommissar. Unerwartete Plünderungen waren an der Tagesordnung, und schließlich konnten sie nur noch das nackte Leben vor dem roten Terror retten. Das amerikanische Komitee in Warschau hat sofort eine Hilfsaktion ins Werk gesetzt, um den Flüchtlingen die Auswanderung nach Amerika zu ermöglichen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Es kriselt in der Reichsregierung!

Die Stinnes-Presse kündigt den bevorstehenden Rücktritt des Reichsfinanzministers Wirth an. Durch die „unselige Novelle zum Reichsnotopfer" habe er sich bei den Regierungsparteien um jeden Kredit gebracht, und überdies wandele er so wie so in den Spuren des Bürgerschrecks Erzberger. Zum Nachfolger Wirths im Reichsfinanzministerium soll der Direktor der „Hapag", Dr. Cuno, ausersehen sein, mit dem ja schon im Juni verhandelt worden ist, als das „Wieder-Aufbau-Ministerium" zusammengesucht wurde. Es soll aber nicht nur bei einer Neubesetzung des Reichsfinanzministeriums bleiben, sondern gleichzeitig sollen auch verschiedene andere Reichsministerien neu besetzt werden. Wie verlautet soll der unfähige Dr. Scholz das Reichswirtschaftsministerium abgeben und dafür die Stellung des Vizekanzlers übernehmen, von der Dr. Heinze zurücktritt, um sich nur seinem Justizministerium zu widmen. Das Reichswirtschaftsministerium soll dann der jetzige Reichsschatzminister v. Raumer übernehmen, nicht ohne daß auch eine Umbesetzung der Unterstaatssekretär-Posten stattfindet, insbesondere spricht man von dem Rücktritt des seit geraumer Zeit stark angefeindeten, sozialdemokratischen Unterstaatssekretär Professor Hirsch. Ein Nachfolger für das Reichsschatzministerium wird noch nicht genannt.

Durch diese Neu- und Umbesetzung würde die Reichsregierung einen starken Ruck nach rechts machen. [illegible]

Zuchthaus für Schleichhandel.

Der Rechtsausschuß des Reichstages beschäftigte sich Dienstag mit einem Gesetzentwurf über die Verschärfung der Strafen gegen Schleichhandel usw. und den dazu gestellten Anträgen. Angenommen wurde § 1, der lautet: „Wer sich des Schleichhandels, einer unzulässigen Preistreiberei oder einer unzulässigen verbotenen Ausfuhr lebensnotwendiger Gegenstände schuldig macht, wird in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus von 1—15 Jahren und Geldstrafen von mindestens 20 000 Mark bestraft. Das Höchstmaß der Geldstrafe ist unbeschränkt."

Nach längerer Aussprache wurde § 2 in folgender Fassung angenommen: „Als besonders schwerer Fall ist insbesondere anzusehen, wenn der Täter aus Habsucht mit erheblichen Mengen von Gegenständen des täglichen Bedarfs Schleichhandel treibt, wenn der Täter durch Preistreiberei aus Habsucht die wirtschaftliche Notlage der Bevölkerung in besonders verwerflicher Weise ausbeutet, und wenn es der Täter unternimmt, [illegible] ins Ausland zu [illegible]

sei denn, daß es sich um geringfügige Ware handelt." — Hierauf wurde die Weiterberatung vertagt.

Die Geschäfte der „Deutschen Werke".

Der Haushaltsausschuß des Reichstages ging Montag zur Beratung des Haushalts des Reichsschatzministeriums über. Besprochen wurde der Vertrag der dem Ministerium unterstehenden „Deutschen Werke A.-G." (die früheren Reichswerften und die Spandauwerke) mit der Firma Kahn, der schon zu Kleinen Anfragen des Demokraten Keinath und des Konservativen Kerkhoff geführt hat. Ueber diesen Vertrag sind zwischen dem Vorstand der Aktiengesellschaft und dem Minister schwere Differenzen entstanden, teils aus sachlichen Gründen, teils wegen der Art, mit der der Minister die Vorstandsmitglieder, die er als seine Untergebenen betrachtet, zu behandeln beliebt. Die Sitzung begann mit einer erregten Geschäftsordnungsdebatte. Unsere Genossen beantragten, die Sitzung bis nach der Sitzung des Aufsichtsrates der „Deutschen Werke" aufzuschieben. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages verlangte Wissell (Soz.) die Anhörung der Direktoren in der Kommission. Der Minister Raumer widersprach und wurde darin von dem Deutschnationalen Schulz unterstützt. Darauf wurde der Antrag auf Aussetzung abgelehnt, ebenso der Antrag, die Direktoren zu den Beratungen hinzuzuziehen. Die Herren sollen aber zur informatorischen Berichterstattung außerhalb des Ausschusses gehört werden. Hierauf trat der Ausschuß in die Besprechung des Vertrages selbst ein. Der Minister gab eine ausführliche Darstellung des Vertrages und führte aus, daß die Firma Kahn allein an den Maschinen 30 Millionen Mark verdiene. Der Vertrag sei ohne den Aufsichtsrat und gegen allen Handelsbrauch abgeschlossen worden. Der Vertrag verletzte die Interessen des Reiches aufs allerschwerste. Die Gutachter kämen zu demselben Ergebnis. Wissell verteidigte den Vertrag. Die Firma Kahn habe zwar wenig geboten, aber immerhin noch 30 bis 40 Prozent mehr als die anderen Firmen. Die Angriffe gegen den Vertrag gingen von Leuten aus, die das Geschäft selbst machen wollten. Das schlechte Verhältnis zwischen der Regierung und den Werken datiere vom Antritt des Ministers v. Raumer her. Nachdem der Minister noch eine Reihe vertraulicher Mitteilungen gemacht hatte, wurde die Sitzung auf Dienstag vertagt. Zentrum, Volkspartei und Deutschnationale beantragten in dieser Sitzung, dem Vertrage „die Mißbilligung" auszusprechen. Das ist eine Neuheit. Man kann einem Minister, einer Körperschaft oder sonst einer Persönlichkeit das Mißtrauen votieren. Aber einem Vertrage nicht. Dieses Mißtrauen muß dann dem ausgesprochen werden, der den Vertrag geschlossen hat. Die nächste Sitzung findet Donnerstag statt.

Die Not der Beamten.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat beschlossen, bei der bevorstehenden Debatte über die Erhöhung der Teuerungszulagen für die Beamten einen Abänderungsantrag zu stellen, der auch eine Erhöhung der Zuschläge zum Grundgehalt und Ortszuschlag bis zur Grenze von 8700 Mark Grundgehalt vorsieht. Durch die feste Haltung der Opposition, die sich unter keinen Umständen mit dem Beschluß des Haushaltsausschusses zufriedengeben will, sind, wie der „Vorwärts" hört, die Regierungsparteien schwankend geworden. Auch sie wollen jetzt eine mäßige Erhöhung des Zuschlages zum Grundgehalt und Ortszuschlag vornehmen. Allerdings sollen die unverheirateten Beamten vollständig leer ausgehen.

Schleswig-Holstein und Groß-Hamburg.

Im Provinzialausschuß der Provinz Schleswig-Holstein wurde, wie erst jetzt bekannt wird, am 1. Dezember u. a. ein Bericht erstattet über die Verhandlungen des Oberpräsidenten und der Landeshauptleute bei dem Staatsminister a. D. Drews über die Erweiterung der Provinzialautonomie. Im Anschluß daran wurde nachstehende Entschließung angenommen:

„Der Provinzialausschuß hält an seinem Standpunkt fest, daß Provinzialautonomie in gewissem Umfange für Schleswig-Holstein erwünscht ist, jedoch unter folgenden Voraussetzungen:

1. Schleswig-Holstein soll preußische Provinz bleiben, und seine Autonomie darf nicht weiter ausgedehnt werden, als es das staatliche Interesse Preußens zuläßt.

2. Vorbedingung für die Uebertragung bisher staatlicher Aufgaben an die Provinz bleibt, daß finanzielle Deckung, sei es auf dem Wege einer gleitenden Dotation, sei es durch Erweiterung des provinziellen Besteuerungsrechts, geschaffen wird.

Der neue zu erwählende Provinziallandtag möge dazu Stellung nehmen, auf welche Gegenstände er die Provinzialautonomie erstreckt zu sehen wünscht."

Zu der Frage Schleswig-Holstein-Groß-Hamburg hat der Provinzialausschuß gleichfalls Stellung genommen. Es wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Der Provinzialausschuß der Provinz Schleswig-Holstein hat in der Sitzung vom 1. Dezember ds. Js. mit Bedauern davon Kenntnis genommen, daß neuerdings wieder mit größerem Eifer und Nachdruck auf die Bildung eines Staates Groß-Hamburg hingearbeitet wird. Wenn diese Bestrebungen Erfolge haben sollten, so würde der dabei eintretende Gebietsverlust — von allen sonstigen Erwägungen abgesehen — für die Provinz von sehr viel größerer finanzieller Bedeutung sein, wie die Abtretung Nordschleswigs. Der Provinzialausschuß kann deshalb einer Abtretung von schleswig-holsteinischem Gebiet nicht zustimmen und hat beschlossen, an die Reichs- und Staatsregierung den Antrag zu richten, daß eine Kommission des Provinzialausschusses, bestehend aus dem Vorsitzenden, Oberbürgermeister Dr. Lohsen und zwei weiteren Mitgliedern, zu den Verhandlungen über die Bildung eines Polizeizweckverbandes und eines Staates Groß-Hamburg hinzugezogen wird."

Die sozialistische Regierung in Sachsen.

Bei den Beratungen über die Regierungsbildung in Sachsen ist den „Unabhängigen" das Ministerium des Innern eingeräumt worden, das von Lipinski übernommen wird. Fleißner (USP.) übernimmt das Kultusministerium, Jaeckel (USP.) das Arbeitsministerium. Held (SPD.), der bisher Arbeitsminister war, erhält das Finanzministerium. Die übrigen Portefeuilles bleiben in den bisherigen Händen. Ob Genosse Buck Ministerpräsident bleibt, ist noch unbestimmt. Der neugewählte Landtag ist Dienstag nachmittag zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Bei der Wahl des Landtagspräsidenten entfielen auf Fräßdorf (Soz.), der auch Präsident der alten Volkskammer war, 92 von den 95 abgegebenen Stimmen. Fräßdorf nahm die Wahl dankend an. Zum ersten Vizepräsidenten wurde Dr. Wagner (Deutschnat.) mit 77, zum zweiten Vizepräsidenten Dr. Sänger (DVp.) mit 79 Stimmen gewählt. Beide nahmen die Wahl ebenfalls an.

Deutsch-völkische Aufforderung zum Mord.

Der bekannte Arzt Dr. Magnus Hirschfeld ist bekanntlich vor wenigen Wochen anläßlich eines Vortrages in München das Opfer eines Attentats antisemitischer [illegible] geworden. Mit knapper Not entging der Ueberfallene, der starke Verletzungen davontrug, dem Tode. Das geht natürlich den „deutschvölkischen" Drahtziehern, die von sicherem Hinterhalte aus Attentate gegen mißliebige Personen organisieren und die [illegible] und gefahrlos betreiben, [illegible]. In dem „Deutschen Wochenblatt" Nr. 49 vom 8. Dezember heißt es zum Schluß einer gegen Dr. M. Hirschfeld gerichteten Notiz:

„Ein solcher Mann muß im Interesse unseres Volkes endlich einmal unschädlich gemacht werden."

Herausgeber des erwähnten Schmutzblattes, das an volksverwüstender Hetze kaum zu überbieten ist, ist Herr Richard Kunze, genannt „Knüppel-Kunze", eine der Leuchten der Deutschnationalen Volkspartei. Die oben wiedergegebene Aeußerung ist glatte Aufforderung zum Mord. Es ist bezeichnend, daß derartige Hetzereien von deutsch-völkischer Seite vollkommen offen betrieben werden können.

Kleine politische Nachrichten.

Der kommunistische Einigungsparteitag wählte einstimmig Däumig und Dr. Levi zu Vorsitzenden der vereinigten kommunistischen Partei.

Reichskanzler Fehrenbach hatte zu Dienstag abend Einladungen zu einem parlamentarischen Abend ergehen lassen. Neben dem Reichspräsidenten Ebert waren die Reichsminister Heinze, Koch, Giesberts, Gröner, Hermes, Schultz und Geßler erschienen.

Der der Aufreizung zum Klassenhaß und der Anstiftung zum Hochverrat angeklagte kommunistische Volksschullehrer Franz Anweck in München wurde vom dortigen Volksgericht, da die Belastungszeugen ihre Beschuldigungen nicht aufrechterhalten konnten, freigesprochen.

Auf Vorschlag der Sowjetregierung sollen alle chinesisch-russischen Verträge auf der Grundlage der Gegenseitigkeit revidiert werden.

Aus Konstantinopel wird der „Daily Mail" gemeldet, daß sich in Georgien ein neues Kabinett gebildet hat, das den türkischen Nationalisten freundlich gesinnt ist. Es soll angeblich sogar geneigt sein, der Türkei Batu abzutreten.

Dänemark.

Dänisches Militär für die Wilnaer Abstimmung.

TU. Kopenhagen, 8. Dezember. Das dänische Parlament hat die Regierungsvorlage über die Entsendung einer Kompagnie in Stärke von 500 Mann und 5 Offizieren in das Wilnaer Abstimmungsgebiet einstimmig angenommen.

Italien.

Schwierige Lage in Dalmatien.

TU. Rom, 8. Dezember. Mehrere hundert Studenten und jugendliche Nationalisten versuchten gestern abend nach Schluß einer Kundgebung zugunsten der Annexion Dalmatiens durch Italien vor der Kammer eine feindliche Kundgebung zu veranstalten. Sie wurden jedoch von der Kavallerie ohne Zwischenfall vertrieben.

Dem „Giornale d' Italia" wird aus Ancona gemeldet, daß sich dort 500 Mann der Garde und Kavallerie nach Zara eingeschifft haben. Die Lage in Dalmatien gestaltet sich schwieriger. „Idea Nationale" meldet, daß die Räumung Dalmatiens durch die Besatzungstruppen gemäß dem Vertrage von Rapallo begonnen habe.

Vereinigte Staaten.

Eröffnung des Kongresses.

Wie aus Washington gemeldet wird, ist der Kongreß Dienstag eröffnet worden. Wilsons Nachfolger, Harding, war im Senat zugegen. Es wurde ihm eine Ovation gebracht. Er hielt eine kurze Rede, worin er eine Periode engerer freundschaftlicher Zusammenarbeit zwischen dem Weißen Hause und dem Kongreß in Aussicht stellte. Der Schatzsekretär unterbreitete dem Kongreß die Voranschläge für 1921. Sie belaufen sich auf 4654 Millionen Dollar. Das ist eine Zunahme von 1 Milliarde Dollar gegenüber dem laufenden Jahre, jedoch eine Verminderung von 211 Millionen verglichen mit dem Vorjahre. Für das Heer sind 899 Millionen und die Marine 658,5 Millionen Dollar ausgeworfen. Staatssekretär Colby begründete die Vermehrung der Voranschläge für das Staatsdepartement um nahezu drei Millionen Dollar mit dem starken Handelswettbewerb der anderen Nationen, die ihre Anstrengungen, die ausländischen Märkte zu erobern und die früher von den feindlichen Mächten kontrollierten Märkte zu gewinnen, verstärkten. Um einen höheren Grad der wirtschaftlichen Erzeugung zu erreichen, sei daher ein größerer Stab von Sachverständigen notwendig.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 8. Dezember.

Rachegeist in der Kirche.

Am Sonntag wurden die Fahnen der ehemaligen 162er und des Landwehr-Bataillons Lübeck der Marienkirche überwiesen. Ein Geschehnis, an dem wir ohne besondere Teilnahme vorübergehen beabsichtigten. Denn die Erfahrung lehrte uns zur Genüge, daß es bei derartigen Anlässen stets Leute gibt, die ihre bestimmten Zwecke dabei verfolgen. Das war auch am Sonntag der Fall. Die Militärpartei und die Nationalisten benutzten die Gelegenheit, um zu zeigen, daß sie auch noch da sind. Sie kamen im vollen Ornat, angetan mit allen Orden und Ehrenzeichen, und die „Lübeckischen Anzeigen" träumen bereits von einer neuen Zeit, würdig der vergangenen, in der die Fahnen wieder frei und stolz über freien deutschen Männern flattern. Wie diese Freiheit ausgeschaut hat und wie sie wieder werden soll, davon gab der Parteigänger der „Lübeckischen Anzeigen", v. d. Osten, im preußischen Landtag ein ganz nettes Bild. Er bezog sich auf die Schutztruppe der Reaktion, die Orgesch, und sagte der Regierung wie der Verfassung den Kampf mit bewaffneter Hand an. Bei diesem Zustand der Dinge braucht man sich also nicht zu wundern, wenn der kleinste Vorgang zu nationalistischen Zwecken ausgebeutet wird. Im Senat herrscht z. T. die gleiche Stimmung. Auch er ist der Ansicht, daß die Fahnen bis auf weiteres der kirchlichen Obhut anvertraut werden sollen. Besser ist es schon, wenn Kriegs- und Siegeszeichen nicht mehr entrollt werden, denn sie schließen für das Volk unendlich mehr Trauer, Not und Elend als Freude in sich. Aber heute wird jede Gelegenheit zur Revanche beim Schopf gefaßt und auf die Vergeßlichkeit des Volkes spekuliert, wird versucht, die Feinde für all den Jammer verantwortlich zu machen, den wir doch in erster Linie dem Eroberungs- und Unterjochungsdrang der Militaristen und Kapitalisten zu verdanken haben. Sie drückten ihre Gewaltfaust nicht nur auf die eigenen Volksgenossen, sondern wären auch nicht abgeneigt gewesen, dem Gegner Bedingungen aufzuerlegen, unter deren Last er, wie jetzt wir, sich schmerzerfüllt gewunden hätte. Wir sind die letzten, die die gräßlichen Bedingungen von Versailles gutheißen und fordern bedeutende Milderungen des Vertrages. Sie können aber niemals dadurch erreicht werden, daß man mit den Mitteln der alten Gewalt dagegen anzukämpfen versucht. Vor allem kann es nicht Aufgabe der Kirche sein, auch den Auslegungen des Alten Testaments zur [illegible] eines neuen [illegible]. Da aber die Kirche [illegible]

heute noch im Dienste des Kapitals und des Gottesgnadentums steht, Fleisch vom Fleisch der alten Gewalten ist, so kann man füglich auch nicht viel anderes erwarten, als daß sie nach dem alten Rezept der Rache handelt. Herrn Pastor Denker blieb es vorbehalten, diese „Bande der Liebe“ zu knüpfen. Wir wollen nur einige Stellen anführen:

„Freue Dich nicht, meine Feindin, daß ich darniederliege; ich werde wieder aufkommen! Und wenn ich jetzt auch im Finstern sitze, so ist doch Gott mein Licht!“

Sie (die Fahnen der Hanseatischen Legion) sind uns ein Beweis dafür, daß, wenn in einem unterdrückten und mißhandelten Volke allen die Schmach und Not ihres Vaterlandes zum vollen Bewußtsein gekommen und in allen der Wille erwacht ist, dieser Schande ein Ende zu machen, daß dann auch eherne Fesseln die Lebenskraft und den Freiheitsdrang eines großen Volkes auf die Dauer nicht niederzuhalten vermögen. Und die Fahnen, denen zu Ehren wir heute zusammengekommen sind, sie bezeugen es uns, daß der Geist unserer Väter, der damals die Knechtschaft überwand, auch unter uns noch lebt, unter den Jungen und Alten, die den Waffenrock trugen.

Oft genug haben ja auch in vergangenen Tagen die Zeiten der Not die besten Kräfte in unserem Volke wachgerufen. Und das ist wohl auch Gottes Absicht mit uns in dieser Zeit. Wir hatten ja etwas anders von ihm erwartet. Wir dachten, er sollte uns auf die Höhe des Ruhmes und der Macht führen. Viele sind irre an ihm geworden, weil er unsere Hoffnungen nicht erfüllte. Dennoch wollen wir daran festhalten: der alte Gott lebt noch. Den Glauben, der einst unsere Väter aufrichtete in dunkelster Zeit: „Es lebt ein Gott, zu richten und zu rächen!“ Den wollen wir uns nicht nehmen lassen. Mag unsere Feindin, die Entente, so tun, als ob sie allein die Welt regiere, so wissen wir es doch besser: „Gott sitzt im Regimente. Er ist der rechte Wundermann, der bald erhöhen, bald stürzen kann!“

Der Wundermann sitzt also in der gepanzerten Faust, so sagt der Pfarrer. So wird heute das Wort Gottes mißbraucht. Was nützt es, wenn ein Pastor im gleichen Atemzuge über Gewinn- und Genußsucht sich aufregt, Gewinn und Genuß, den die Kriegs- und Revolutionsgewinnler aller Schattierungen im Uebermaße einheimsten und von dem sie nicht lassen wollen. Nun ihre ewigen Gesetze ins Gegenteil umgeschlagen sind und sie als Haupturheber des Elends und Verfechter uneingeschränkten Profits zu den schweren Lasten mit beitragen sollen, versuchen sie mit allen Finessen, die wirkliche Sachlage zu verdecken und einen neuen großen chauvinistischen Rummel zu inszenieren, bei dem das Volk nicht nur die Zeche bezahlen, sondern bei dem es auch wieder geknebelt werden soll. Gegen diese Lehren wenden wir uns, und deshalb haben Sozialdemokraten bei derartigen augenverblendenden Schachzügen nichts zu suchen, um so weniger, da sie nebenbei den Zweck verfolgen, das darbende Volk von der Unfähigkeit der bürgerlichen Regierung, die ihre Versprechungen nicht einlösen kann, abzulenken. Die Kirche aber sollte sich ihrer grundlegenden Lehren eingedenk sein. Sie ist es nicht und fühlt sich weiter als Instrument des alten Obrigkeitsstaates. Man wird diese Tatsache nicht aus den Augen verlieren dürfen.

Achtung, Gewerkschaftsvorstände! Diejenigen Gewerkschaftsvorstände, die bis jetzt noch nicht die Adressen und Namen der Vorsitzenden und Kassierer dem Gewerkschafts-Sekretariat mitgeteilt haben, werden nunmehr aufgefordert, dieses bis morgen Donnerstag abend spätestens zu tun, da es sonst unmöglich ist, noch ein Adressenverzeichnis der Gewerkschaften für das Adreßbuch fertigzustellen.

Achtung, Vollzugsrat! Morgen Donnerstag abend 7 Uhr wichtige Sitzung im Gewerkschafts-Sekretariat. Vollzähliges Erscheinen ist dringend notwendig.

Achtung, Jungsozialisten. Morgen, Donnerstag, 9. Dezember, Vortrag des Gen. Gogowski über „Soziale Gesetzgebung“ im Wartezimmer des Arbeitersekretariats, Johannisstr. 48. Anfang 7½ Uhr. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Arbeitsausschuß. J. A.: H. Haase.

Verein „Arbeiter-Jugend“. Heute abend 7½ Uhr in der Aula des Lehrerseminars Vortrag des Herrn Lehrer Blohm über „Die Tiere unserer Heimat“ mit Lichtbildern. Pünktlich erscheinen.

Achtung, Arbeiter-Jugend. Donnerstag, 9. Dezember dringende Vorstands- und Funktionärssitzung im Gewerkschaftshaus. Anfang präzise 7½ Uhr. Es wird um vollzähliges Erscheinen gebeten.

Revolutionsfeier-Komitee. Sitzung am Donnerstag, dem 9. Dezember, abends 7½ Uhr im Bureau des Parteisekretariats.

Ein gefährliches Glatteis überraschte heute morgen alle, die frühzeitig zur Arbeit aufbrechen müssen. Die Straßen und Wege waren allgemein von der Glätte überzogen und machten das Gehen sowie Fahren mit Fuhrwerk äußerst beschwerlich. Mit dem Streuen von Sand und Asche war man nicht sonderlich bei der Hand, so daß mancher mit der Erde nähere Bekanntschaft machte. Insbesondere zeigte sich auch, daß die hohen Stöckelschuhe der Damen recht unpraktisch sind. Knickt schon auf gutem Wege manch schöne Holde sonderbar daher, so rutschten heute früh des Gehens Unsichere mit Glanz auf die glatte Bahn. Ein ganz schlauer Jüngling schnallte sich die Schlittschuhe an und flitzte von Sandbergs Tannen herunter dem Burgtor zu, das Henkeltöpfchen lustig schwingend. Eine fröhliche Fahrt zu früher Stund, bei der man allerdings Gefahr läuft, mit der Mittagssuppe die Erde zu tränken.

Bankangestelltenbewegung! Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten Ortsgruppe Lübeck, beruft zu Donnerstag, den 9. Dezember, abends 8 Uhr, in den Zentral-Hallen, Dankwartsgrube 20, eine große öffentliche Bankangestelltenversammlung ein. Herr Bauer aus Hamburg spricht über Reichstarif, Wirtschaftsbeihilfe, und Bankangestelltenbewegung.

Mit dem neuen Lohntarif im Buchdruckgewerbe beschäftigten sich die tariftreuen Gehilfen des Kreises X am Sonntag in Hamburg. Von Lübeck war der Vorsitzende des Ortsvereins, Kollege Max Georgi erschienen. Wie das „Echo“ berichtet, war die Unzufriedenheit mit dem Erreichten in materieller wie auch ideeller Hinsicht allgemein. Während einige Kollegen zur Ablehnung des Tarifes bei der Urabstimmung aufforderten, waren andere, besonders aus der Provinz, der Meinung, daß man trotz allem angesichts der schlechten wirtschaftlichen Lage des Gewerbes dem Tarif zustimmen müsse. Einmütig war man jedoch der Auffassung, daß die neue Teuerungszulage sowohl für die Großstadt als auch für die Provinz durchaus unzulänglich sei und sofort in neuen Verhandlungen beträchtlich erhöht werden müsse. Der engere Zusammenschluß der graphischen Verbände zu einer leistungsfähigen Organisation sei ein dringendes Erfordernis, weil gerade bei diesen Verhandlungen der Graphische Bund versagt habe, da Buchdrucker, Buchbinder und Steindrucker gegenseitig von ihren Verhandlungen nichts wußten. Von der Annahme einer Entschließung wurde Abstand genommen, weil jeder Kollege am 10. Dezember bei der Urabstimmung seine Stimme nach reiflicher Ueberlegung in die Wagschale werfen kann.

Vortrag über Steuergesetzgebung und Buchführungspflicht für Handwerker. Man schreibt uns: Durch die neuen Steuergesetze ist jeder Geschäftsmann und Handwerker zu einer ordnungsmäßigen Buchführung gesetzlich verpflichtet. Wer dieser Verpflichtung nicht nachkommt, setzt sich der Gefahr der [illegible] aus. Die Buchführung braucht durchaus nicht immer eine [illegible] mäßige oder doppelte Buchführung zu sein, es genügt, wenn sie bestimmten Mindestforderungen entspricht. Der Lübecker Handwerkerbund veranstaltet am Donnerstag abend um 8 Uhr im geheizten Saale des katholischen Gesellenhauses, Parade einen Vortragsabend, an dem die Herren Obersteuerinspektor Stein und vereidigter Bücherrevisor Böttcher über die Verpflichtung des Handwerkers zur Buchführung und ihre einfachsten praktischen Formen sprechen werden. Ein Besuch dieser Veranstaltung, zu der auch Angehörige und Angestellte von Handwerkern Zutritt haben, ist daher bei der Wichtigkeit dieser Materie zu empfehlen.

Ueber eine „fettige“ Auto-Vergnügungsfahrt von Rehna nach Lübeck berichtet die „Mecklenburgische Zeitung“ aus Rehna: Am Sonntag abend unternahmen einige Personen von hier eine Autofahrt nach Lübeck. Die heitere Stimmung wurde in Schönberg durch einen guten Trunk noch erhöht. Am Berge nach Selmsdorf fand man auf der Chaussee und im Graben zerstreut mehrere Fässer, Kartons und Holzkisten mit insgesamt etwa 3½ Zentner Butter und ein größeres Faß mit Spirituosen. Alles wurde mitgenommen und bei einem Wirt in Lübeck abgeladen. Bei der nachfolgenden Feier hatte zufällig ein Kriminalbeamter das Gespräch über den „geheimnisvollen Fund“ mit angehört und — beschlagnahmte die ganzen Fettigkeiten und den geistigen Stoff. Man darf gespannt sein, ob sich der Eigentümer meldet und Licht in die etwas dunkle Sache bringt. Die Finder möchten gerne ihren Anteil von der Butter.

Vermißt. Seit dem 29. v. Mts. wird der Bureaugehilfe Heinrich Gbanitz, geb. am 10. Februar 1903 in Lehe, vermißt. Er ist 1,70 m groß, hat schwarze Haare, blaue Augen und blasses Gesicht. Er war bekleidet mit grauer Ballonmütze, Jackett und Hose aus Militärstoff und brauner Weste. Personen, die über den Verbleib des Vermißten sachdienliche Angaben machen können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei oder in der Wohnung des Vermißten, Waisenhofstraße 18, zu melden.

Film von Lübeck und die letzten Tage von Pompeji. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß für diese einmalige Sondervorführung der Lichtspielgemeinde, die nachmittags 3½ Uhr (zu ermäß. Preis) und abends 7 Uhr pünktlich stattfindet, die Dauerkarten nicht gelten.

pb. **Festgenommen** wurde ein mehrfach vorbestrafter Schiffszimmerer aus Grebow, der beschuldigt wird, einem Arbeiter in Segeberg ein Fahrrad unterschlagen zu haben.

pb. **Diebstähle.** Aus einem Hause in der Glockengießerstraße wurde eine Geldkasette mit 6000 Mark gestohlen. — Von einem Hofplatz am Steinrader Weg sind ein Bettbezug, zwei Bettlaken, zwei Tischtücher, ein Badehandtuch, drei Herrenhemden, sieben Damenhemden, zwei Kinderhemden von der Leine gestohlen, die die Bezeichnung H. L., A. L., M. L. und R. L. führten. — Am gleichen Tag sind aus einem Garten in der Lindenstraße ein Damasttischtuch, ein Bettbezug, gez. D. D. und drei neue Herrenhemden, gez. J. G., gestohlen worden.

Angrenzende Gebiete.

Gaarden. In der Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins am vergangenen Sonnabend hielt Genosse W. Verdieck-Kiel einen Vortrag über die russischen Verhältnisse. Seine sachlichen Ausführungen fanden reichen Beifall. Sodann wurde beschlossen, eine Silvesterfeier zu veranstalten, bestehend in Unterhaltung, Festrede und Ball. Im Verschiedenen wurde eine Preßkommission gewählt. Sie besteht aus den Genossen K. Hinrichsen als Vorsitzenden, Broocks und Sievers. Alle Presseangelegenheiten, wie Beschwerden usw. sind in Zukunft an den Genossen Hinrichsen zu richten.

s. **Eutin.** Landesausschuß. Vors. Steenbock gibt Bericht über Ausführung früherer Beschlüsse. Die Regierung hat den Beschluß, das Finanzamt im Regierungsgebäude unterzubringen, abgelehnt. Der L.-A. gibt sich mit der Erklärung nicht zufrieden und wird weitere Schritte in der Angelegenheit tun. Wegen der Neueinrichtung eines Schornsteinfegerbezirkes wird der L.-A. auf 1921 vertröstet, wo eine Neueinteilung erfolgen soll. Da die Landtagsabgeordneten am Donnerstag d. M. nach Oldenburg zum Landtag fahren und ev. Wünsche des L.-A. mitnehmen wollen, beschließt der L.-A., die Tagesordnung zu ändern und Kommissionen zu bilden, die die Voranschläge durcharbeiten. Frau Voß ist gegen die Kommissionsarbeit. Die Abstimmung ergibt eine Mehrheit dafür. Nach 10 Minuten Fraktionsberatung werden folgende Kommissionen gewählt: 1. Feststellung des Voranschlages der Landeskasse: Ketelhohn, Bartels, Dohm, Frau Voß, Hattenbach. 2. Feststellung der Voranschläge des Landesverbandes: Rickstakelsdorf, Thätner, Schmidt, Rick-Malente, Kohlhaas, Mahlstedt. 3. Uebernahme der landwirtschaftlichen Winterschule Eutin auf den Landesverband: Weder, Möller, Blohm, Mahlstedt, Bierbach. Die Kommissionen treten sofort in Tätigkeit, die beiden ersten arbeiten auch Dienstag weiter. Am Mittwoch nachmittag und am Donnerstag sind Vollsitzungen und hofft man damit die Arbeiten der Session erledigen zu können.

Eutin. Das Stadtparlament genehmigte die Gehaltsordnung für die städtischen Beamten und Angestellten. Die Steuerordnung über die Besteuerung des reichsfreien Mindesteinkommens wurde angenommen. Die Staffelung des gänzlich freien Einkommens wurde geändert. Danach sollen gemeindesteuerfrei sein Einzelstehende bis 6000 Mk. Einkommen, Eheleute ohne Kinder bis 8000 Mk., mit einem Kind bis 9000 Mk., mit zwei Kindern bis 10 000 Mk., mit drei Kindern bis 11 000 Mk., mit vier Kindern bis 12 000 Mk., mit fünf Kindern bis 13 000 Mk., mit sechs und mehr Kindern bis 14 000 Mark. Erhebliche Bedenken wurden laut gegen die Vorlage über Erhebung von Zuschlägen zur staatlichen Grund- und Gebäudesteuer, die wieder auf die Mieter abgewälzt werden würde. Die Beschlußfassung über diese Steuer wurde bis zur Etatsberatung zurückgestellt. Gegen eine von sozialdemokratischer Seite vorgeschlagene Klaviersteuer wurden erhebliche Bedenken laut. Man werde dadurch weiten Kreisen die Freude an festlicher Erbauung und Erquickung, die in dieser Stadt besonders notwendig sei, verekeln. Einer erheblichen Erhöhung der Hundesteuer würde man zustimmen. Auch der vorgelegte Entwurf einer Wohnungsluxussteuer fand die Billigung des Gemeinderats. Zur weiteren Behandlung dieser Steuervorlagen wurde eine Kommission gewählt. Die vorgeschlagene Preisstaffelung für Brennholz wurde als ungerecht verworfen und die Kommission um andere Vorschläge ersucht. Am Schlusse der Sitzung wurde der Antrag gestellt, Bürgermeister Mahlstedt zum Oberbürgermeister zu ernennen. Die sozialdemokratischen Mitglieder erklärten, aus prinzipiellen Gründen dem Antrage nicht zustimmen zu können. Der Antrag blieb mit 7 zu 7 Stimmen unerledigt.

Hamburg. Einer Geheimdruckerei für falsche Banderolen ist man in Barmbeck auf die Spur gekommen. In der Heitmannstr. 63 fand man eine große Schnellpresse im Fußboden verankert, daneben standen nicht weniger als 18 große Lithographensteine, die die Rückseite der Vor- und Rückseiten der Steuerbanderolen zeigten. Drei Personen, darunter Lithographen wurden bei der Arbeit angetroffen und sofort verhaftet. Die Banderolen sind dermaßen geschickt hergestellt, daß sie von echten kaum zu unterscheiden sind. Alle Preislagen und Farben sind vertreten: grüne, blaue, braune, von 80 Pfennig bis 80 Mark. Ein großer Posten verschiedenartiger Banderolen wurde beschlagnahmt. In Hamburg, Berlin, Hannover und anderen Städten sind bedeutende Mengen der Fälschungen abgesetzt worden. Die Gesellschaft scheint über ganz Deutschland verzweigt zu sein. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, geht der Etat der Fälscherbande weit in die Hunderttausende, wenn nicht in die Millionen gehen.

Eutin. Wer [illegible]? Die Verpachtung der zum [illegible] [illegible]

vorjährige Gesamtsumme von 193 000 Mk., die damals schon Staunen erregte, noch verblaßte. Die niedrigsten nur vereinzelt bezahlten Preise betrugen 1200 Mk., die höchsten 35 000 Mk. für das halbe Hektar. — Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode.

Rostock. Einen schweren Raubmord beging der Schlachtermeister Friedrich Kähning jun. hierselbst, der am Donnerstag mittag den Schlachtermeister Otto Lindner aus Berlin, mit dem er in Geschäftsverbindung stand und der, um Fleisch zu kaufen, sich in diesen Tagen wieder hier in Rostock aufhielt, im Keller seiner in der Ludwigstraße belegenen Wohnung mit dem Beil erschlug, die Beine absägte, den Leichnam in einem Korbkoffer verpackte und abends von der Petribrücke in die Warnow warf. Die Tat wurde entdeckt, als ein Berliner Geschäftsfreund des Ermordeten sich telephonisch nach dem Grunde der immer noch nicht erfolgten Rückkehr Lindners erkundigte, und zwar zu einer Zeit, als Kähning geschäftlich nach Lübeck verreist war. Als dieser mit dem Mittagszuge von Lübeck zurückkehrte, wurde er bereits am Bahnhof festgenommen. Nach anfänglichem Leugnen und nachdem man bei ihm die Uhr des Vermißten gefunden hatte, gestand er die Tat ein. Er will in Geldverlegenheit gewesen sein und den Mord in der Absicht, sich zu bereichern, begangen haben. Er hoffte, daß Lindner größere Geldsummen bei sich führte.

Lüneburg. Raubmord. Der Zimmermeister Cordes aus Wriedel wurde in der Nähe von Brockhöfe erschossen und beraubt aufgefunden. Als Täter kommt vermutlich ein 24jähriger junger Mensch in Frage, der sich einem des Weges daherkommenden Fuhrmann gegenüber durch merkwürdige Fragen verdächtig machte.

Theater und Musik.

Stadttheater. „Faust“ von Wolfgang Goethe. Die Leitung unserer städtischen Bühne hat den stolzen Ehrgeiz, dem Lübecker Publikum das tiefste und umfangreichste Werk der deutschen dramatischen Literatur strichlos vorzuführen. Das verdient um so mehr Anerkennung, als „Faust“ ja im allgemeinen in einer Mittelstadt durchaus kein Geschäft, sondern eher ein Opfer bedeutet, und obendrein an alle Beteiligten die gewaltigsten Anforderungen stellt. Im „Faust“ behandelt Goethe das gesamte Menschheitsproblem in nie gekannter und nie wieder erreichter Gedankenfülle und Formschönheit. Das Streben nach dem Höchsten und die sich dem entgegenstellenden Widerstände aller Art, die Schwächen und auch die Kraft, welche sich darin offenbaren, sind hier dichterisch verarbeitet und gestaltet. Deutscher Geist und deutsches Empfinden, die allerdings nichts gemein haben mit dem engherzigen, kleinbürgerlich-nationalistischen Alldeutschtum unserer Tage, sprechen aus dieser titanischen Schöpfung und verleihen ihr die innere Wärme und Leuchtkraft, die den Beschauer im Banne der Dichtung erhalten. Der Umfang des Dramas erfordert seine Zerlegung in mehrere Teile bei der Wiedergabe im Theater. Früher führte man den „Faust“ an zwei Abenden auf — wenn man sich an den zweiten Teil überhaupt heranwagte —, mußte ihn aber noch stark zusammenstreichen und manche wertvolle, gedankenreiche Szene fortfallen lassen. Nun ist man in Lübeck nach anderen Vorbildern zu einer Vierteilung gekommen, die den Vorzug hat, die Zuschauer und Darsteller nicht über Gebühr anzustrengen und das ganze Werk ohne kürzende „Bearbeitung“ durch mehr oder weniger geschickte Hände an die Empfangenden heranzubringen. Bis zur Hexenküche führt der erste Abschnitt, den man am Montag sah. Dienstag folgte als zweiter die Gretchen-Tragödie. Für diese Teilung spricht sehr viel; eine andere könnte leicht innere Zusammenhänge zerreißen. Herr Heidmann führte mit großer Sachkenntnis und von der Bedeutung seiner Aufgabe erfüllt, die Regie nach modernen Gesichtspunkten. Vieles glückte ihm, hob die Wirkung der Dichtung. Für manchen war es störend, daß Fausts Studierstube nur Wände und keine Decke hatte. Sorgfältig durchgearbeitet und gefeilt war die Darstellung. In der Maske des alten Goethe sprach Herr Pündter eindringlich die Zueignung. Dem folgte das Vorspiel auf dem Theater, (in dem Herr Norden als Theaterdirektor durch falsche Betonungen auffiel). Hieran schloß sich dann das Vorspiel im Himmel und das Drama. Herr Stein gab dem Faust ebenfalls das Gesicht des alternden Goethe, ließ die wundervolle Musik der Dichtung voll und warm aus der Seele quellen und fand für den restlos suchenden, strebenden Geist lebendigen Ausdruck. Den Mephisto hatte Herr Valk mit scharfem Verstand erfaßt, ihm in der Ausführung eine eigene Prägung gegeben, die klug den Teufel nur an den Krallen erkennen ließ und durch manche feinen Einzelzüge lebhaft interessierte. Nur sollte Herr Valk sich hüten, in eine gewisse Manier zu fallen, einzelne Sätze hervorzusprudeln und andere abgehackt zu sprechen. Gute Leistungen boten weiter die Herren Walter-Böhme als Wagner und als Hexe und Pündter als Erdgeist. Für die im Ganzen gut gelungene technische und dekorative Einrichtung zeichnete Herr Ludwig verantwortlich. Das zahlreiche Publikum nahm die Vorstellung dankbar auf. X

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Eingesandt.

Weihnachtsbescherungen.

In vielen Vereinen und Familien rüstet man sich in diesen Wochen darauf, zu Weihnachten Bedürftigen, insonderheit armen Kindern, eine Freude zu bereiten. Darüber kann man sich nur von Herzen freuen. Aber es wäre zu wünschen, daß man dabei darauf sähe, daß nicht solche, die darauf zu laufen wissen, drei- oder vierfach bedacht werden, während andere, denen eine Freude und eine Unterstützung erst recht zu gönnen ist, ganz leer ausgehen. Es ist deshalb dringend zu empfehlen, daß alle Vereine und einzelne Familien, die Weihnachtsbescherungen veranstalten wollen, der Zentrale für private Fürsorge, Königstraße 19, Fernruf 8744, die Namen derjenigen mitteilten, die sie für die Bescherung ins Auge gefaßt haben. Es kann dann von dort aus angegeben werden, ob dieselben auch von anderer Seite schon etwas zu erwarten haben. In diesem Falle können andere Familien empfohlen werden. Auch ist die Zentrale gern bereit, denen, die irgend jemandem eine Weihnachtsfreude bereiten wollen, solche Häuser zu nennen, in denen sie als Weihnachtsmann besondere Freude bereiten und bittere Not lindern können. P. Denker.

Briefkasten.

A. K. Aus Ihrem Eingesandt ist nicht klug zu werden. Wenden Sie sich an Ihre Gewerkschaft, damit diese dafür sorgt, daß Sie tarifmäßig entlohnt werden.

Eingegangene Druckschriften.

Dr. Max Adler, „Engels als Denker“. Zum 100. Geburtstage Friedrich Engels. 80 Seiten, Preis 8 Mk. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ G. m. b. H., Berlin C. 2. Die Schrift von Dr. Max Adler, der sich durch seine Studien über den Marxismus in der wissenschaftlichen Welt einen geachteten Namen verschafft hat, untersucht eingehend die Eigenbedeutung Engels und seine großen Verdienste um die Ausbildung der marxistischen Lehren. Sie ist deshalb gerade gegenwärtig, wo das Studium des Sozialismus angebracht ist, um die Einsicht in seine Notwendigkeit zu wecken, eine wertvolle Bereicherung der sozialistischen Literatur.

Für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Nachrichten „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Otto Friedrich; für die Rubrik „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Hermann Bauer.
Verlag: Heinr. Steinberg. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Schwere Zeiten erfordern praktisches Denken!

Billige Gegenstände für Haus und Küche:

Haushaltwaren

Kohlenfüller groß			19.50
Ofenvorsetzer		29.—	8.75
Ofenschirme		68.— 58.—	48.—
Kohlenschaufeln	4.50	3.95	2.95
Kaffeebrenner		7.50	4.75
Leibwärmer	8.75	7.95	4.95
Reibmaschinen		24.50	19.50
Kastenformen	1.95	1.45	1.25
Kuchenformen rund		60 ₰	45 ₰
Reibeisen		3.50	1.50
Tischglocken	2.95	2.50	2.25
Satzeisen mit Griff		6 Stück	58.—
Gaskocher	175.-	115.-	26.50

Aluminium

Kochtöpfe mit Deckel	32.—	24.50	19.50
Wasserkessel		57.—	48.—
Stielkasserollen unbordiert		22.75	19.75
Löffelbleche groß			49.—
Schöpf- und Schaumlöffel		Stück	8.95
Omelettpfannen unbrd.	24.50	22.50	19.75

Emaille

Kochtöpfe 24 cm			15.—
Wasserkessel	15.—	14.—	10.50
Wassereimer ca. 28 cm			19.75
Schmortöpfe braun, schwer	25.-	21.-	17.50
Fischkessel		36.50	32.50
Stielkasserollen		4.50	3.50

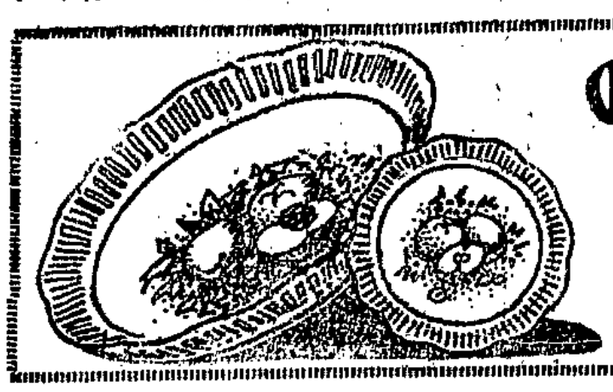
Steingut- und Porzellan-Spezialfenster Johannisstraße

Porzellan

Obertassen blau Rand		1.95
Obertassen bunt		1.85
Untertassen weiß und bunt		50 ₰
Zuckerdosen ohne Deckel		50 ₰
Marmeladendosen	4.75	2.95
Beilageschalen		1.35
Teekannen blau Band		3.50
Fleischplatten groß	3.75 3.45	2.65

Steingut

Kaffeebecher	1,25	85 ₰
Obertassen	1.75	1.50
Milchkannen Zwiebelmuster		85 ₰
Satztöpfe	6 Stück 27.50	19.50
Kartoffelschüsseln mit Deckel		9.50
Vorratstonnen Zwiebelmuster		4.75
Küchenschüsseln tief		2.25
Küchengarnituren	195.- 145.-	98.—



Obstservice
7teilig
mit Durchbruchrand
Früchtedekor
35.-

Glaswaren

Marmeladendose		1.30
Sahnenkrug		95 ₰
Zuckerdose		75 ₰
Glasschüssel	1.30 95 ₰	65 ₰
Wassergläser		95 ₰
Salzstreuer	75 ₰	45 ₰
Glasschale oval	1.80	95 ₰
Rahmservice		7.50
Kuchenteller	1.95	1.45

Groggläser	5.95 4.95	1.95
Weinkelche glatt		4.95
Sektbecher gemustert		2.95
Teebecher glatt		1.95
Bierbecher glatt	1.95	1.75
Glasteller Olivenschliff		8.75
Schüsseln „	7.50 5.95	4.95
Käseglocke mit Schliff		17.50
Butterdose mit Schliff		19.75

Kristallwaren zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Bürstenwaren

Abseifbürsten	2.45	2.25	35 ₰
Leuwagen	5.50	3.95	75 ₰
Handfeger Borsten			7.50
Kehrbesen Borsten		9.50	8.50
Gläserbürsten		1.50	95 ₰
Zylinderputzer		1.10	65 ₰
Herdbürsten		2.25	1.75
Wichsbürsten		4.95	4.25
Schmutzbürsten		2.45	1.95
Kleiderbürsten			2.75
Möbelbürsten		11.75	8.95
Teppichkehrmaschinen		135.00	95.00
Bohnerbesen	68.50	48.50	32.50

Putzmittel

Kernseife Doppelstück		5.85
Seifenpulver	½ Pfund	1.75
Kronenkerzen	1.45	1.35
Stahlspäne	Paet	2.95
Silberputz „Siegel"		1.35
Schuhcreme „Feldolin"		1.10
Bohnerwachs	große Dose	8.95
Scheuersand „Blitzblank"		45 ₰
Glaspapier	6 Bogen	95 ₰
Messerputzschmirgel	45 ₰	30 ₰
Amor-Metallputz	1.10	85 ₰
Sidol-Putzwasser	1.85 1.15	85 ₰
Kaol-Putzwasser	Flasche	50 ₰
Topffeger „Feldküche"		45 ₰

Aluminium-Spezialfenster Breite Straße

Rudolph **Karstadt** Lübeck

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.
e. G. m. b. H.

Für das
Weihnachts-Fest
ist alles wieder da.
Tannenbaumschmuck
in großer Auswahl in allen Preislagen.
Spitzen,
Kugeln,
Ketten,
Lichthalter,
Tannenbaumlichte,
Haselnüsse,
Feigen. (10650

Vereinigte Kommunistische Partei Dtschl.
(Sektion der Kommunistischen Internationale).
Ortsgruppe Lübeck. (10689
Donnerstag, den 9. Dezember 1920, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus
Mitglieder-Versammlung
Bericht vom Einigungs-Parteitag. — Alle erscheinen.
Mitgliedsbücher-Kontrolle findet statt. Der Vorstand.

Sozialdemokr. Verein
Ortsgruppe Schlutup.
Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, dem 9. Dezbr.
abends 7½ Uhr,
im Lokale von A. Sakowski in Schlutup.
Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Innere Vereinsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet (10677
Der Vorstand.

Lübecker Lichtspielgemeinde.
Donnerstag, 3½ und 7 Uhr pünktlich
Stadthalle.
Film von Lübeck
(10676) und
Die letzten Tage von Pompeji.
Karten bei Nagel.

Betriebsrätezentrale
A. D. G. B. — Ala.
Lübeck.
Vollzugsrat.
Sitzung am Donnerstag, dem 9. d. Mts., abends 7 Uhr im Gewerkschafts-Sekretariat. (10681
Der Vorstand.

Orchester des Vereins der Musikfreunde

Großes volkstümliches Konzert
im Gewerkschaftshaus
am Donnerstag, dem 9. Dezember 1920
mit Frl. **Trudel Bornholt**
der beliebten Operettensängerin
und dem gesamten Orchester.
Leitung: Kapellmeister **Martin.**
Außergewöhnlich schönes Programm.
Da im Januar keine Konzerte stattfinden können, weil der Saal besetzt ist, ist es zu empfehlen, dieses besonders reizvolle Konzert zu besuchen.
Vorverkauf in sämtlichen Abgabestellen des Konsumvereins, im Gewerkschaftshaus und im Zigarrengeschäft Basson, Beckergrube 49. 10657

KOLOSSEUM

Freitag, den 10. Dezember 1920
Grosser Ball
veranstaltet vom „Magazin-Personal" der
Flendwerft.
Anfang 6½ Uhr. Ende 2 Uhr.
Es ladet freundlichst ein
10683) Das Komitee.

Adlershorst. Jeden Donnerstag: **Tanz**

Fledermaus
8½ Uhr
(10670
Ott und Ly
und das sensationelle
Dezember-Programm.

Hansa-Theater
Heute 7½ Uhr:
(12. Volk-Ab., 6. H.-Ab. Serie II)
Gastspiel Trude Bornholt.
in gänzlicher Neueinstudierung
Schwarzwaldmädel

Donnerstag 7½ Uhr:
Zum 5. Male
Der Großstadtkavalier.
Schwank in 3 Akten. 10651

Freitag (Ab. Serie I)
Schwarzwaldmädel
mit Trude Bornholt.
Sonnabend, d. 18. Dezbr.:
Gastspiel Paul Wegener.
„Die Raschhoffs"
Eintrittskarten in den bekannten Vorverkaufsstellen und an der Theaterkasse des Hansatheaters.
Preise Mk. 20.— b. 4.—

Eiserne Oefen
jeder Art. (10644
Senking = Kohlenferde Gasferde
Größte Auswahl! Billigste Preise!
Adolf Borgfeldt,
Mühlenstraße 36—44. Tel. 672.

Alle! 10661
Damen- u. Herr.-Hüte,
die bis einschließlich Sonnabend, den 11.
bei uns eingeliefert sind, werden
bis Freitag, den 24. Dezember
nachgefragt und nur aufgeschlossen, sauber chemisch gereinigt, gefärbt und
ungepreßt
G. Stamer & Martens,
25 Fischstraße 25.

Metallbetten. 10661
Stahlmatratzen, Kinderbett., Tisch u. Federm. Kat. fr.
Stahlmöb.-Fabr. Suhl i. Th.

Geschäfts-Grundstück.
Wohnung sofort frei. Für Auswärtige Zuzug möglich. (10656
P. Zigel, Annenstr. 3, I. Tel. 8248

Stadttheater Lübeck.
Mittw. Schst. B. u. 9. Vorst. i. S.-Ab. Nibelungen. 7.00
Donnerst. B. A. u. 9. Vorst. i. S.-A. Rose Bernd. 7.30.
Freitag. B. B. u. 9. Vorst. i. S.-A. Mignon. 7.30. (10674
Sonnabend. Schst. B. u. 9. Vorst. i. Opern-Ab. König für 1 Tag. 7.30.

Beilage zu Nr. 287.
27. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Mittwoch, den 8. Dezember 1920

Häuslicher Streit im Monarchistenlager.

In dieser Zeit, wo die Masse des Volkes sich nach Brot und ruhiger Arbeitsmöglichkeit sehnt, geht das höchste Streben und die tiefste Sehnsucht gewisser Kreise immer noch auf die Wiederkehr der Monarchie, von der sie in blinder Vertrauensseligkeit die Wiederherstellung der „guten alten Zeit" erwarten. Der frühere Kronprinz Rupprecht von Bayern hat sich einem englischen Journalisten gegenüber sehr geheimnisvoll geäußert, daß zum mindesten in Bayern jeden Augenblick die Monarchie wieder proklamiert werden könne. Und auf dem Parteitage der Deutschen Volkspartei haben die gesinnungstüchtigen Stresemänner, unbeschadet dessen, daß sie ihre Minister in der republikanischen Reichsregierung zu sitzen haben, aus ihren Hoffnungen auf die Wiederkehr der Monarchie gar keinen Hehl gemacht.

In der sogenannten unparteiischen Generalanzeiger-Presse ist das Interview des Kronprinzen Rupprecht sehr eifrig besprochen worden, und man macht sich sogleich daran, die wirklichen Aussichten der Monarchie auszuknobeln. Aber da muß dann mit einer Träne im Auge festgestellt werden, daß für die Wiederkehr des monarchistischen Systems „lediglich die beiden Rechtsparteien und etwa eine schwache Hälfte der Zentrumspartei eintreten". Etwas naiv wird dann festgestellt, daß nicht anzunehmen sei, daß die Demokraten und Mehrheitssozialisten noch ein Bekenntnis zur Monarchie ablegen würden, und daraus kummervoll die Feststellung gewonnen, daß „selbst der beste Monarchist nicht die Rückkehr des Kaiserreichs wünschen könne, weil, so lange diese Parteien großen Einfluß ausübten, auch der genialste Monarch nicht imstande sein würde, mit diesen Parteien zusammen zu regieren".

Man sollte nun meinen, daß damit die ganze Frage verstandesmäßig erledigt sei und der betreffende Artikelschreiber sich, innerlich zwar langsam verblutend, aber doch resigniert auf den berühmten Boden der gegebenen republikanischen Tatsachen stellen würde. Aber siehe da, er läßt alle Hoffnung noch nicht fahren und fragt nunmehr, wie sich denn nun alle Monarchisten Deutschlands zur Person Rupprechts von Bayern stellen würden. Da aber empört sich sein preußisch-monarchisches Herz gar heftig, und er meint, daß zwar persönlich gegen Rupprecht „nichts einzuwenden" sei und er eventuell als Nothelfer willkommen wäre, wenn er die einzige Rettung der sofortigen Monarchie brächte: die eigentlichen Träger des monarchistischen Sinns in Deutschland aber „würden niemals ihre Blicke auf eine bayerische Regentschaft im Reiche wenden, weil sie überzeugt seien, daß nur das preußische Herrscherhaus zur Regierung des Deutschen Reiches berufen sei".

Es geht hier also zu wie in der Geschichte, wo die renommierenden Jäger das Fell des Bären verteilen und dabei in Hader geraten, ohne daß sie aber den Bären schon geschossen hätten. Noch haben wir zum Glück die Republik und schon liegen sich, nachdem sich Kronprinz Rupprecht in empfehlende Erinnerung gebracht hat, preußische und bayerische Monarchisten in den Haaren, um für ihre beiderseitigen Thronprätendenten den deutschen Kaiserstuhl zu reservieren.

Das deutsche Volk in seiner gewaltigen Masse wird diesem häuslichen Zwist im monarchistischen Lager mit kühler Ruhe und überlegener Ironie zusehen. Es ist entschlossen, die Republik mit allen Mitteln gegen jede Gewalttat zu verteidigen, und wird es nie mehr zugeben, daß durch den dynastischen Ehrgeiz der Wittelsbacher oder Hohenzollern unser schwer geprüftes Land in einen furchtbaren Bürgerkrieg gestürzt wird. Immerhin hat es damit zum Glück noch gute Weile, denn vorläufig betätigen ja, wie die Reibereien zwischen Nord und Süd andeuten, die Monarchisten ihre kriegerischen Gelüste noch im eigenen Lager. Möge diese mehr interne Beschäftigung sehr zum Segen des deutschen Volkes unsere Monarchisten noch möglichst lange der eigentlichen politischen Arena fernhalten.

1. Internationaler Gewerkschafts-Kongreß.

III.

Zu Beginn der Donnerstagssitzung verlas der Vorsitzende das Schreiben einer kürzlich nach England gekommenen **Abordnung eines menschewistisch-russischen Kongresses der Arbeiter in den Uralgebieten**, an dem die Vertreter von 145 000 organisierten Arbeitern teilnahmen. Die Unterzeichner geben ein trübes Bild von der Bolschewistenherrschaft, die aus den Gewerkschaften reine Regierungsapparate gemacht hat.

Eine Entschließung über den

Achtstundentag

fand nach kurzer Aussprache Annahme, nachdem ein von Norwegen, Italien, Luxemburg, Kanada und Frankreich — zum Teil aus ganz entgegengesetzten Gründen — gestellter Antrag, die Anrufung des Internationalen Arbeitsamtes aus der Resolution zu streichen, gefallen war.

Der zur Frage des Achtstundentages angenommene Beschluß lautet:

„Der am 22. November und die folgenden Tage in London versammelte Außerordentliche Gewerkschaftskongreß stellt fest,

daß die Internationale Arbeitskonferenz in Washington einen Entwurf zu einer Uebereinkunft betreffend Festsetzung der Arbeitszeit in industriellen Anstalten auf 8 Stunden am Tage und 48 Stunden in der Woche als Richtlinien für die gesetzliche Festlegung einer maximalen Arbeitszeit vorgezeichnet hat;

daß zwar in einigen Staaten die Arbeitsschutzgesetzgebung bereits der Konvention von Washington entspricht, daß demgegenüber aber in den meisten Ländern sowohl die Regierungen wie die Unternehmer nicht nur die Ratifizierung der Konvention zu verhindern suchen, sondern alles daran setzen, um die Arbeitszeit auch dort, wo sie tatsächlich schon auf 48 Stunden verkürzt ist, wieder zu verlängern.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß erhebt energischen Protest gegen dieses arbeiterfeindliche Verhalten der Unternehmer und ihrer Regierungen und fordert die unverkürzte Anerkennung und Durchführung der Washingtoner Beschlüsse.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß verpflichtet die angeschlossenen Organisationen, allen Bestrebungen, die Durchführung der Konvention von Washington zu hintertreiben, mit allen Mitteln entgegenzutreten und fordert sie zu nachhaltiger Unterstützung der Gruppen auf, die zum Kampf für die Erringung des Achtstundentages gezwungen sind.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß erklärt, daß er weitere Unterstützung der Bestrebungen des Internationalen Arbeitsamtes seitens der Gewerkschaftsbewegung ablehnt, wenn die Ratifizierung der Washingtoner Beschlüsse innerhalb der festgesetzten Frist nicht erfolgt ist."

Die Rohstoffrage

behandelte der Berichterstatter Mertens (Belgien). Er wies darauf hin, daß die Frage schon die Washingtoner Konferenz und spätere Tagungen des Internationalen Arbeitsamtes beschäftigt hat. Seine längeren Ausführungen, die ergänzt wurden durch einen schriftlichen Bericht an den Kongreß, gipfelten in der Forderung nach einer den Bedürfnissen aller Länder gerecht werdenden Verteilung der Rohstoffe, die als Gemeingut der Menschheit angesehen werden müssen, durch den Völkerbund. Allerdings müsse die Organisation des letzteren durch den Druck der Arbeiter unseren bekannten Forderungen entsprechend abgeändert werden.

Balbesi (Italien) greift den Völkerbund heftig an. An diesen dürften die Arbeiter sich nicht wenden. Sie sollten vielmehr ihre einzelnen Regierungen zwingen, eine internationale Konferenz zur Lösung dieser Frage einzuberufen. **Der Völkerbund sei ein Bund der Sieger mit dem besonderen Ziele, Deutschland auszuplündern,** wie die Forderungen auf Ablieferung von Kühen usw. zeigen.

Der Vorsitzende gibt für die britische Delegation die Erklärung ab, daß sie für die Entschließung eintritt, aber auch für den Ausbau des Völkerbundes, der alle Völker umfassen müsse, um ein wirksames Friedensinstrument zu werden.

Halford (Kanada) ist gegen die Entschließung, die eine Einmischung in die Angelegenheiten einzelner Länder bedeute. Ueber seine Rohstoffe und Hilfsmittel müsse jedes Land allein bestimmen.

Dürr (Schweiz) stimmt der Entschließung zu bis auf die Uebertragung der Aufgabe der Rohstoffverteilung an den Völkerbund, der solchen Aufgaben nicht gewachsen sei.

Die nachfolgende Entschließung wurde darauf einstimmig — nur gegen die Bezugnahme auf den Völkerbund waren einige Stimmen — angenommen. Sie lautet:

„Der am 22. November und die folgenden Tage in London tagende Außerordentliche Internationale Gewerkschaftskongreß beschließt:

In Erwägung, daß der Weltkrieg in allen Ländern eine derartige Zerrüttung hervorgerufen hat, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau ernstlich in Frage steht;

in Erwägung, daß der letztere in der Hauptsache davon abhängt, welche Lösung das Problem der Rohstoffversorgung erfährt;

in Erwägung, daß die Länder, die der Rohstoffe entbehren, mit Rücksicht auf ihre Industrie von jenen Ländern abhängen, die über Rohstoffe verfügen (sei es, daß sie diese hervorbringen oder dank ihrer günstigen Lage sich verschaffen können);

in Erwägung, daß daher die Regelung der Verteilung aller Rohstoffe der Welt nach Recht und Billigkeit eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die wirtschaftliche Wiedererhebung ist;

in Erwägung, daß die Struktur der kapitalistischen Gesellschaft einer gerechten Verteilung der Rohstoffe im Wege steht, wie auch jeder wirtschaftlichen Regelung, die allen Menschen ohne Ausnahmen gestatten würde, die ihnen in der Weltgemeinschaft zugewiesene Rolle zu erfüllen;

in Erwägung, daß es infolgedessen Pflicht der organisierten Arbeiterklasse ist, ohne Unterlaß darauf hinzuarbeiten, daß die heutige unorganisierte Gesellschaft verschwinde und ersetzt werde durch eine rationelle Organisation der Produktion, ihrer Verteilung, überhaupt der gegenseitigen Beziehungen der Völker;

in fernerer Erwägung, daß es aber schon jetzt eine hohe Pflicht der Menschlichkeit ist, für eine gleichmäßige Verteilung aller verfügbaren Rohstoffe in der ganzen Welt zu sorgen, und daß diese Verteilung nur durch eine internationale Verständigung herbeigeführt werden kann durch die Bemühungen der Gewerkschaftsinternationale;

in endlicher Erwägung, daß unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen das Internationale Arbeitsamt des Völkerbundes der am besten geeignete internationale Organismus ist, um die internationale Verständigung über die Rohstoffverteilung herbeizuführen,

beauftragt der Kongreß das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes, in kürzester Frist einen Plan für die Errichtung einer internationalen Rohstoffverteilungsstelle auszuarbeiten. Dieser Plan ist dem Internationalen Arbeitsamt zur baldigsten Durchführung zu überreichen.

Die Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamts kann jedoch nur wirksam werden, wenn die gewerkschaftlichen Organisationen aller Länder allen ihren Einfluß unverzüglich und kräftig geltend machen, um ihre Regierungen zur raschen und gerechten Erfassung und Verteilung der notwendigen Rohstoffe zu veranlassen.

Damit aber die Rohstoffverteilung nach Billigkeit und Gerechtigkeit und unter Berücksichtigung der gegenwärtigen und künftigen wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Völker und Länder organisiert werden kann, ist es notwendig, daß es allen Völkern und Ländern freigestellt wird, sich dem Völkerbund anzuschließen."

Zur Frage des Pazifismus

gelangte eine Entschließung in nachfolgender Kommissionsfassung zur Annahme:

„Der Internationale Gewerkschaftskongreß stellt fest, daß die Bekämpfung aller Kriege durch die international organisierte Arbeiterschaft nicht mit dem Pazifismus der kapitalistischen Bourgeoisie zu verwechseln ist.

Er brandmarkt als Heuchelei und verurteilt ebenso alle Kriegsunternehmen, deren Ziel ist, den Völkern gegen ihren Willen neue politische oder wirtschaftliche Formen aufzuzwingen.

Die Arbeiter verlangen den endgültigen und vollständigen Frieden unter allen Völkern und lehnen es ab, sich nochmals verführen zu lassen unter dem Vorwand, sich schlagen zu müssen für den letzten oder vorletzten Krieg."

Sirene.

Eine Schlösser- und Höhlengeschichte von L. Starklof.

6. Fortsetzung.

Von da an verlief die Unterhaltung sich in Wirtschaftsgespräche und Klatschereien so seichter Art, daß Sirene sich bald ermüdet davon ab und ganz dem Förster zuwendete. Er stellte ihr ein frisches, wie vom Hauch der Gebirgsluft durchwehtes und bewegtes Bild seines einsamen Waldlebens auf; mit ungesuchten Worten so kräftig, malerisch, poetisch hingeworfen, daß sie von der Macht solcher wahren, innigen Naturzustände sich gepackt und erschüttert fühlte. Jugend ist ja immer mit Enthusiasmus schnell bei der Hand. So schwärmte sie, die Hofdame, kaum aus dem goldenen Käfig entlassen, jetzt schon für Wildnisromantik und Wiesentäler, welche ihr bisher — o wie fremd und gleichgültig gewesen. Sie wünschte nichts lehnlicher, als augenblicklich auf freier Höhe den ursprünglichen Quellenstrahl solcher Empfindungen einzusaugen, und brachte, entschieden wie sie zu Werke ging, auch sogleich die Erfüllung dieser Sehnsucht zustande.

Der Mittag war beendigt. Frau von Grumbach hatte des Amtsmanns Einladungsbrief an den Ottaunischen Rentmeister gutgeheißen; der Bote ging damit schon ins Tal hinab. Aus Rücksicht für den Pastor, welcher nach Tische noch zu seinem Filial Göttschied den Berg hinauf mußte, hatte man sich so geeilt. Die Sonne glänzte prächtig über alle Höhen und Wälder. Lothar und der Amtmann entschlossen sich, den geistlichen Herrn zu begleiten und bei diesem Gange einen Hauptstreitpunkt, worauf es morgen recht ankommen werde, noch einmal mit den Urkunden zu vergleichen. Sirene erklärte sich rasch fürs Mitgehen. Sollte sie einmal in dieser Einöde hausen, so wollte sie auch die Wunder sehen, wovon man ihr während des Mahles so vieles vorgefabelt. — Theodosia, welche diese Wikbegier gar nicht teilte, mußte sich doch auch zu dieser Bilgerfahrt rüsten. Zwar höhnte sie schwer über die plötzliche alberne Liebhaberei ihres Fräuleins an den infamen Steinwerken und Felsenklumpen und schwur heimlich, wenn diese Raserei zunehmen sollte, sich baldmöglichst aus dem verwünschten Schloß fortzumachen; vorläufig blieb ihr nichts übrig, als sich der Karawane anzuschließen, die schon zum Burgtor hinauswanderte.

Unmittelbar von der Mauer geht es sofort den Berg hinauf, am Brünnlein vorbei, das, aus bescheidener Holzröhre hervorrinnend, doch mit seinem dünnen Wasserfaden das Bewohnen der Burg auf die Dauer allein möglich macht. Hier kletert der Weg steil an zu einem Weiher, den man in solcher Höhe nicht mehr vermuten sollte, einem ansehnlichen Fischteich, der nur aufgerührt zu werden brauchte, um noch wie vor ein lustiges Völkchen von Barben und Karauschen zu hegen. Die baumumgebene Wassermulde grenzt an den Pfaffenwald. Hier im Schatten mächtiger Eichen und Buchen atmet der Wanderer tief auf nach der Anstrengung unausgesetzten Klimmens. Schaut er nun aber zurück, so ist vom Schloß und Turm Oberstein, vom Flecken und Tal nichts mehr zu erspähen. Der Abhang des Berges fällt jäh zur Tiefe, man sieht nur den letzten Rand und gegenüber die Höhen des rechten Naheufers — drüben den einsamen Homericher Hof, am Horizont die lange Luftlinie und die Waldmasse der weit ausgedehnten Winterhauch, die alle Bergzüge überragt und mit ihren Laubkronen auch die zwischenliegenden Schluchten ausfüllt. Lothar, welcher mit Sirenen schnell vorangestiegen war, zeigte seiner schönen Begleiterin dort in weiter Ferne den Weg zu seiner Oedung und den Platz, wo sein Haus im Forst stecke. Recht auf der Höhe sei es gebaut, und nahe daran höhle sich unter den riesenmäßig hohen Bäumen ein flacher Grundkessel, da stürze aus der Bergwand ein Quell, armdick, hell wie Kristall, rausche in ein steinernes Becken und aus diesem nieder den Waldhang, lustig murmelnd und springend bis ins tiefe Lauterbacher Tal. Das muntere Reh und der schüchterne Hase schlüpfte durchs Gebüsch zum kühlen Bach; an den glatten Stämmen schmatze und schwänzle das zierliche Eichkätzchen hinauf, in den Wipfeln locke die Holztaube, der Häher und Kuckuck, und mit einbrechender Dämmerung, wenn der Fuchs aus seinem Bau schleiche, da klage am Felsenhorst die melancholische Nachtstimme des Uhu weit über das stille Revier.

— Es muß recht schön bei Ihnen sein — sagte Sirene auf diese Beschreibung. — Und . . . mit wem — setzte sie stockend hinzu — wohnen Sie dort? — und schien hinterdrein über die Frage zu erschrecken. — Ich habe eine alte Verwandte bei mir — war seine Antwort — zwei Jägerburschen und meine Dienstleute. Wir sind ein ganzes Haus voll. Aber es ist doch recht einsam. Das hab' ich — nun stockte er auch und fuhr dann hastig heraus — niemals so empfunden als eben jetzt. — Dann schwieg er, wurde eben so rot wie Sirene und schaute den andern Weg hinaus. — Beide lachten aber plötzlich in einem Tempo hell auf, indem sie zusahen, wie der geistliche und der amtliche Herr da am Kornfeld zu ihnen heraufkrabbelten; machten viel Wesens daraus, als hätten sie nie etwas so Komisches gesehen, und taten so erstaunlich, um nur die seltsam über sie gekommene Verlegenheit in irgend etwas hinein zu verstecken. Theodosta begriff gar nicht, wie man sich nur so wunderlich haben und am langweiligen Wald so sehr erfreuen könne. Aber der schöne Jägersmann fand auch vor ihren Augen Gnade, und sie mischte sich manchmal ins Gespräch, was dem Fräulein höchst anmaßend und unerhört vorkam.

Im Pfaffenwalde steigt der Weg noch immer aufwärts, dann geht er eben eine Strecke flach hin, bald senkt er sich jenseits wieder hinab. Ganz der Charakter aller Hundsrückhöhen, die nur schmale obere Scheitelflächen haben und so Buckel hinter Buckel durchs ganze Gebirg hinstehen, von der Nahe bis zur Mosel hinüber. Blickt ihr von einem bedeutenden Gipfel darauf hinab, so glaubt ihr eine Hochebene unter euch zu schauen, so nahe schichten diese Rücken aneinander. Nur in der scharfen Morgen- oder Abendbeleuchtung wird es durch die Lichtflächen der Höhen und Schattenseiten der Tiefen recht deutlich und plastisch hervorgehoben, was für eine gehügelte Welt da übereinander gewürfelt ist.

Wo die Gesellschaft aus dem Walde herauskam, ging der Pfarrer links nach seiner Filialkirche im Abteidörfchen Göttseid hinunter, der Amtmann und Förster wendeten sich rechthin nach dem Göttschieder Hof, einer einsamen Landwirtschaft mit ansehnlichen Gebäuden und Feldern. Hinter ihren Marksteinen schnitt gerade eine Spitze des streitigen Distriktes herein. Sirene blieb mit ihrem Mädchen am Rande des Waldes, um die Herren zurückzuerwarten, welche einen andern, besonders anmutig geschilderten Heimweg durch den Forst Schwellendall hinunter nach der Neubrücke vorgeschlagen hatten, von wo dann im Tal an der Nahe herauf bei der Kuhehütte unter den gefallenen Felsen vorbei die Landstraße wieder in den Flecken zurückführe.

Vor dem Walde lag eine kürzlich geschlagene Eiche. Sirene kletterte in ihre mächtigen noch grünlaubigen Aeste hinein und saß droben wie ein leichter Sommervogel. Theodosta hatte unten auf einem umgestürzten Grenzstein Platz genommen. Gewiß, wer übers Feld daher kam und hier unerwartet die beiden buntgekleideten Schönen antraf, der glaubte gern, es sei ein Märchen von Bergfeen und verzauberten Prinzessinnen in der Wildnis lebendig geworden.

Theodosta war übler Laune; sie hatte den Mittag ganz allein versessen, hatte nur den Abhub von der Tafel bekommen, mußte wider Willen spazieren laufen und sah, wie der schöne Jäger nur Augen für ihr Fräulein hatte. Sie dachte: was sieht er nur an der mageren Katze? Da bin ich doch wahrlich eine ganz andere Person! — Für einen einzelnen Sommertag — sprach sie zu Sirenen hinauf — mag es hingehen. Aber denken Sie doch, Fräulein, wenn es einmal so drei Wochen hintereinander weg regnet, oder gar den Winter, wo man in diesem Bergnest Monate hindurch eingeschneit sitzt wie ein Murmeltier! Das ist ja um sich den Hals abzuschneiden! — Wie lange denken Sie denn hier zu bleiben?

— Hab' ich dir nicht schon gesagt — rief Sirene aus ihrem Laubwinkel herab — du sollst mich in Ruhe lassen mit solchen Fragen! Weiß ich denn selbst, was aus mir wird? Die Antwort aus Frankfurt kann doch nicht wie ein Blitz herfliegen. Bis dahin müssen wir uns ins Unvermeidliche finden. Ich kann es im Bewußtsein, daß mir grimmig Unrecht angetan ist. Und wenn du es nicht vermagst, nun so trenne dein Geschick von dem meinigen und quäle mich nicht mit Vorwürfen. Ich habe sie nicht verdient und dulde sie nicht.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 8. Dezember.

Wegen Beleidigung des Lübecker Physikus

hatte sich am Dienstag der Schriftsteller Paul Ellmer-Berlin, der Geschäftsführer des Bundes für Irrenrecht ist, zu verantworten. Die Verhandlungen, zu denen der Beleidigte, Medizinalrat Dr. Riedel, und der Leiter der Heilanstalt Strecknitz, Professor Dr. Wattenberg, als Zeugen geladen waren, dauerten 4 Stunden. Der Sachverhalt ist wie folgt:

Vor acht Jahren, am 2. März 1912, wurde der Tischlermeister Carl Künne zwangsweise in die Lübecker Staatsirrenanstalt eingewiesen auf Grund des folgenden Gutachtens des Medizinalrates Dr. Riedel: „Der von mir auf seinen Geisteszustand amtsärztlich untersuchte Tischlermeister Carl Künne, 41 Jahre alt, wohnhaft Steinraderweg Nr. 61a, leidet an einer Geistesstörung, welcher der Gedanke zugrunde liegt, seine am 13. Januar vier Tage nach einer von Dr. Brockmann ausgeführten Operation verstorbene Frau sei von diesem falsch behandelt und, nachdem sie bereits eingesargt war, ohne seine Einwilligung noch einer Sektion unterworfen. Nach den Angaben Dr. Brockmanns hat er schon vor Wochen die Absicht geäußert, sich das Leben zu nehmen, hat sein Testament gemacht und Dr. Brockmann gebeten, sich seines ältesten Sohnes anzunehmen. Weiterhin hat er aber die Absicht geäußert, nicht allein aus dem Leben zu gehen, sondern Dr. Brockmann zu erschießen. Diese Absicht hat er gestern auch dem Friedhofsgärtner Berlin gegenüber ausgesprochen. Wegen der vorliegenden Erkrankung und Gemeingefährlichkeit ist Künne der Aufnahme in die Irrenanstalt bedürftig." Künne hat aber nach seiner früher gemachten Angabe eine heimliche Leichenöffnung nach der Einsargung überhaupt nicht behauptet. Im Gegenteil hat er zur Feststellung, ob Fehler gemacht worden sind, stets die Leichenöffnung gefordert und schließlich ein Jahr nach dem Tode seiner Frau die Ausgrabung der Leiche durchgesetzt. Die Leiche ist dann seziert worden. Nach dem Sektionsbefund sollen keine Wahrnehmungen, die auf fehlerhafte ärztliche Behandlung schließen lassen, gemacht worden sein. Künne soll nun gedroht haben, Dr. Brockmann zu erschießen. Diese angebliche Drohung, die Künne stets bestritten hat, ist von dem Friedhofsgärtner Berlin an Dr. Brockmann telephoniert und von diesem an die Polizei weitergegeben worden. Eine Vernehmung des Gärtners über seine Angaben hat vor der Internierung K.s nicht stattgefunden. Auf Grund des vorstehenden Gutachtens von Dr. Riedel wurde K. als gemeingefährlicher Geisteskranker am 2. März 1912 in die Heilanstalt Strecknitz überführt und bereits am 26. März, also nach etwa 3 Wochen, als gebessert entlassen. Künne war durch die Internierung schwer in seinem Rufe geschädigt und ist deshalb unlängst von Lübeck fortgezogen. Seinen unausgesetzten Bemühungen, die Einsperrung als einen Fehlgriff zuzugeben, stellte sich der Lübecker Senat ablehnend gegenüber. Schließlich hat auf Verlangen des Künne der „Bund für Irrenrecht und Irrenfürsorge" in Berlin sich der Sache angenommen und beim Senat beantragt, die amtlichen Eintragungen über die Internierung zu löschen, damit nicht der Fluch des Irrenhauses dem Künne bis an sein Lebensende nachlaufe. Der Senat hat diesen Antrag überhaupt nicht beantwortet. Inzwischen kam das bisher geheim gehaltene Internierungsgutachten durch die Anstalt Strecknitz zum Vorschein. Der Bund für Irrenrecht behauptet nun in einem Schriftsatz an den Senat, daß die offenbar auf einer Wahnidee beruhende Angabe des geisteskranken Friedhofsgärtners über Erschießen nicht nachgeprüft und deshalb das Gutachten des Medizinalrats Dr. Riedel unglaublich leichtfertig, zum Teil unsinnig, oberflächlich und unlogisch sei. Wegen dieser Kritik wurde gegen den Geschäftsführer des Bundes, Redakteur Paul Elmer in Berlin, die öffentliche Anklage wegen Beleidigung erhoben. Der Angeklagte erklärte in der Verhandlung nach Verlesung der umfangreichen Schriftstücke, daß ihm eine persönliche Beleidigung Dr. Riedels völlig ferngelegen und daß er eine solche auch nicht begangen habe. Sein Vorgehen sei rein sachlich gewesen und habe lediglich den Zweck gehabt, dem Rechte zu dienen. Auf Anfrage erklärte der Beschuldigte: Er habe von der Regierung den Auftrag erhalten, einen Gesetzentwurf in der Irrenfrage auszuarbeiten. Zeuge Dr. Riedel bekundete u. a., daß für die Aufnahme in der Heilanstalt, die im öffentlichen Interesse erfolge, ein Physikatszeugnis erforderlich sei. K. habe sich eine Waffe kaufen und Dr. Brockmann erschießen wollen. Letzterer habe auch die Aufnahme K.s in die Heilanstalt gewünscht. Bei der Untersuchung des Patienten sei von ihm (Zeugen) gemeingefährliche Geisteskrankheit festgestellt worden. Der Verteidiger Dr. Haendel-Berlin hält dem Zeugen u. a. vor, daß nach dem Tod eines nahen Verwandten von vielen Personen oft Aeußerungen gemacht werden, man wolle nun auch aus dem Leben scheiden. Das sei ein ebensolches Gerede wie die im Publikum weit verbreitete Ansicht über unberechtigte Leichensezierung, aber noch lange kein Beweis für Geisteskrankheit. Zwischen Dr. Brockmann und Künne habe Feindschaft und Kampf bestanden. Die telephonische Meldung des Gärtners hätte nachgeprüft werden müssen, dann wäre dessen Geisteskrankheit vielleicht schon damals festgestellt worden. Auffällig sei, daß K. schon nach 3 Wochen als gebessert entlassen wurde, während nach dem Gesetz zur Feststellung der Geisteskrankheit eine Beobachtung von 6 Wochen nötig sei. Der Zeuge erklärte darauf u. a., daß bei K. nur die Gemeingefährlichkeit behoben war, die Geisteskrankheit aber nicht. Das Gesetz schreibe eine Beobachtungszeit bis zu 6 Wochen vor, nicht unbedingt 6 Wochen. Der Angeklagte stellte dem Zeugen die Frage: Er habe bei einer Untersuchung, die etwa 20 Minuten dauerte, bei K. gemeingefährliche Geisteskrankheit festgestellt, wäre es da nicht möglich gewesen, wenn er den Gärtner B. nicht telephonisch, sondern von Angesicht zu Angesicht gesprochen hätte, um festzustellen, ob bei diesem damals schon Geisteskrankheit vorlag. Das sei vielleicht um so eher möglich gewesen, da sich bei B. später unheilbare Geisteskrankheit herausgestellt habe. Die Antwort des Zeugen lautete: Eine Verpflichtung zu einem derartigen Vorgehen bestehe nicht. Professor Dr. Wattenberg bekundete als Zeuge: K. sei bei der Einlieferung sehr erregt und nach seiner Ansicht gemeingefährlich gewesen. Die Bedenken, die noch bei seiner Entlassung aus der Anstalt bestanden hätten, seien dadurch behoben worden, daß K.s Verwandte sich seiner annehmen wollten. Der Vertreter der Anklage hielt Beleidigung für vorliegend und beantragte eine Geldstrafe von 500 Mk. Der Verteidiger trat in längerer Rede für Freisprechung ein. Der Angeklagte habe sich überhaupt keiner Beleidigung schuldig gemacht und lediglich für das Menschenrecht gekämpft. Kein Staatsanwalt würde auf ein privates Telephongespräch hin eine Verhaftung anordnen; ebenso wenig Beachtung hätte auch die telephonische Meldung des Gärtners B erfahren müssen. Die Kritik sei daher berechtigt gewesen. Einen persönlichen oder kleinlichen Kampf führe der Angeklagte nicht. Wahrung berechtigter Interessen läge auf alle Fälle vor. Der Angeklagte betonte, daß er stets nur sachlich für Recht und Wahrheit kämpfe. Hochangesehene Irrenärzte hätten ihm ob seiner äußersten Sachlichkeit das beste Zeugnis ausgestellt. Das Gericht erkannte auf Freisprechung. Es hob in der Urteilsbegründung hervor, daß die Anschuldigungen gegen Dr. Riedel unberechtigt und beleidigend seien. Der Angeklagte habe aber in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt. Der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches sei dem Angeklagten zugebilligt und daher auf Freisprechung erkannt werden.

Wie wir erfahren, wird dieser Fall in den nächsten Tagen im Reichstag zur Sprache gebracht werden.

Kriegsbeschädigtenfürsorge in Lübeck.

Dem Jahresbericht des Wohlfahrtsamtes entnehmen wir u. a.: Gemäß der Verordnung der Reichsregierung über die soziale Kriegsbeschädigtenfürsorge vom 8. Februar 1919 ist im verflossenen Jahre auch die Kriegsbeschädigtenfürsorge in Lübeck neu geregelt. Als Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene für das Gebiet der freien und Hansestadt Lübeck ist vom Senat der Direktor des Wohlfahrtsamtes bestellt. Der Beirat der Hauptfürsorgestelle besteht aus Vertretern der hiesigen Verbände der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, des Gewerkschaftskartells, der kaufmännischen Verbände, der Landwirtschaftskammer, des Arbeitgeberbundes, der Berufsgenossenschaften und 7 sozial erfahrenen Persönlichkeiten. Von dem Gesamtbeirat sind besondere Ausschüsse für Arbeitsvermittlung, Siedlung, Unterstützung, Schwerbeschädigte und Berufsberatung gebildet. Die Hauptfürsorgestelle, Abteilung für Kriegsbeschädigte, übernahm die gesamte Einrichtung des Lübecker Landes-Ausschusses für Kriegsverletzte und führte die Tätigkeit des Landes-Ausschusses in der bewährten Weise fort. Als ihre Hauptaufgabe steht sie an in Ergänzung der militärischen Heilfürsorge und der durch Reichsgesetz geregelten Rentenversorgung Fürsorge, insbesondere für die Kriegsbeschädigten zu üben, die infolge einer Verletzung oder Erkrankung mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Die Fürsorge umfaßt Auskunftserteilung, Rechtsberatung und Rechtshilfe, Berufsberatung und Stellenvermittlung, Berufsvorbildung durch Gewährung von Unterricht, Heilfürsorge, Gewährung von Unterstützungen und Familienfürsorge, Beschaffung von Kleidung, Feuerung und sonstigem, Heimstättenbeschaffung und Landansiedlung und Erwirkung von Vergünstigungen bei öffentlichen Einrichtungen. Im Rechnungsjahre 1919 gewährte die amtliche Hauptfürsorgestelle an Kriegsbeschädigte Unterstützungen im Gesamtbetrage von 63 542.95 Mk., Vorschüsse und Darlehen im Gesamtbetrage von 108 858.50 Mk. Für die orthopädische Werkstätte wurden 38 427.73 Mk., für Waren 56 144.95 Mk. ausgegeben. Die Gesamtausgaben der Abteilung für Kriegsbeschädigte betrugen 325 080.99 Mk. In dem Bureau der amtlichen Hauptfürsorgestelle befinden sich zurzeit die Akten von 6143, zum größten Teil in Lübeck wohnenden Kriegsbeschädigten. Die Gesamtzahl der Kriegsbeschädigten, über die Akten angelegt wurden, beträgt reichlich 9000. Von den kriegsbeschädigten Lübeckern sind 674 Schwerbeschädigte, d. h. sie erhalten mehr als 50 Proz. Vollrente. Von diesen sind zurzeit 12 ohne lohnende Beschäftigung. Es gelang, für die Kriegsbeschädigten verschiedene Vergünstigungen zu erwirken. So erhalten Schwerkriegsbeschädigte, die im Gehen behindert sind, unentgeltliche Monatskarten zur Benutzung der Straßenbahn auf dem Wege von und zur Arbeitsstätte. Diese Monatskarten sind durch ein großes K besonders kenntlich gemacht und verpflichten den Schaffner, dem Beschädigten nach Möglichkeit einen Sitzplatz zu verschaffen und ihm auf den Halteplätzen bei großem Andrang einen Vorrang vor den übrigen Fahrgästen zu gewähren. Kriegsbeschädigte, die sich noch in der Ausbildung befinden und einen Arbeitsverdienst nicht haben, erhielten unentgeltliche Verwundetenfahrscheine. Bei der Benutzung der Eisenbahn können Kriegsverletzte sich einen Sitzplatz sichern, wenn sie dem Schaffner einen Ausweis der amtlichen Hauptfürsorgestelle vorzeigen. Ihnen wird dann ein Sitzplatz im Dienstabteil oder in einer höheren Wagenklasse angewiesen, wenn in der von ihnen bezahlten Wagenklasse ein Sitzplatz nicht mehr vorhanden ist. Bei der Vergebung von Siedlungsstätten werden Kriegsbeschädigte, sowohl vom Staat als auch von den Siedlungsgesellschaften bevorzugt. Ebenfalls genossen die Kriegsbeschädigten erhebliche Vergünstigungen bei der Steuererhebung. Sie erhielten bei besonderer Bedürftigkeit Feuerung und Kartoffeln zu ermäßigten Preisen. Endlich gelang es der Fürsorgestelle, aus Heeresbeständen eine große Anzahl Kleidungsstücke, Zigaretten und Zigarren und Seife zu billigen Preisen zu erwerben, die ohne Aufschlag an die Kriegsbeschädigten abgegeben wurden. Da die Heeresbestände nunmehr geräumt sind, ist es nicht mehr möglich, solche Sachen ganz besonders billig zu erwerben. Es sei aber darauf hingewiesen, daß trotzdem in der Warenbeschaffungsstelle des Wohlfahrtsamtes, Beckergrube Nr. 6, noch manche Waren vorhanden sind, die günstig eingekauft zu erträglichen Preisen auch an Kriegsbeschädigte abgegeben werden. Die Geschäftsstelle der Kriegsbeschädigtenfürsorge befindet sich im Wohlfahrtsamt, Untertrave 104, Zimmer 12—15. Die amtliche Hauptfürsorgestelle gibt auch ein Nachrichtenblatt heraus, das den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen monatlich einmal direkt oder durch Vermittlung der Verbände zugestellt wird. Eine besondere Einrichtung der Hauptfürsorgestelle ist die orthopädische Werkstätte, Langer Lohberg 45, die eingerichtet wurde, um eine schleunigere Belieferung der Kriegsbeschädigten mit Prothesen zu ermöglichen. — Kriegs- und Zivilgefangenenfürsorge. Mit der Kriegsbeschädigtenfürsorge ist am 1. September 1920 die Fürsorge für die heimgekehrten Kriegs- und Zivilgefangenen verbunden worden, da das Bestehen einer besonderen Abteilung für diesen Fürsorgezweck nicht mehr nötig war, nachdem der größte Teil der Gefangenen in die Heimat zurückkehren konnte.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse in Lübeck hatte am 1. Dezember 1920: 30816 Mitglieder, darunter 1539 Mitglieder von Ersatzkassen, deren Rechte ruhen, gegen 37024 im Jahre 1919. Auf Männer entfielen davon 23962 (1919: 23641), auf Frauen 15854 (1919: 18 383). Arbeitsunfähigkrank waren am letzten November Männer 642 (1919: 529) und Frauen 640 (1919: 655). Ausweisscheine für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im November 2657 (1919: 2208) erteilt. Sterbegeld wurde im November für Mitglieder in 30 Fällen, für Angehörige in 35 Fällen gezahlt. — Uebertretungen arbeitsunfähiger Mitglieder gegen die satzungsmäßigen Verhaltungsvorschriften waren in 47 Fällen mit Strafe zu belegen. Die freiwilligen Kassenbeiträge werden von Montag bis Donnerstag jeder Woche entgegengenommen.

Die gesamten Stromversorgungsanlagen im engeren lübeckischen Landgebiet gehen, wie uns vom Stadt- und Landamt geschrieben wird, ihrer Fertigstellung entgegen. Der für den Bau der Ortsnetzanlagen usw. im Vorjahre bewilligte Kredit in Höhe von 350 000 Mark ist fast vollständig in Anspruch genommen. Die Gesamtkosten aber belaufen sich, soweit bis jetzt übersehen werden kann, auf ungefähr das Doppelte der ursprünglich veranschlagten Summe. Eine im November abgehaltene Versammlung des Beirates des Ueberlandverbandes hatte sich daher mit der Flüssigmachung weiterer Zahlungsmittel zu befassen. Die Versammlung beschloß, in erster Linie einen ferneren Kredit bis zu 400 000 Mk. zu bewilligen. Zur Prüfung der Frage der Barabzahlungen wurde ein engerer Ausschuß gewählt. Aenderungen an den Hausanschlüssen müssen vorkommendenfalls ungesäumt beim Stadt- und Landamt angemeldet werden.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Eine Absage an die kommunistischen Zersplitterungsräte. In der Versammlung der Betriebsräte und des Ortsausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes am Montag wurde nach einem stürmischen Verlauf eine Entschließung des Vollzugsrates der Betriebsräte angenommen, die für die Einheitsfront der Gewerkschaften gegenüber den kommunistischen Zersplitterungsversuchen eintritt. Ueber eine Resolution Bästlein (USP., links) wurde von der Versammlung die Abstimmung abgelehnt.

Bremen. Mißtrauensvotum gegen den Senat. Die Bürgerschaft hatte am 26. November beschlossen, daß die Stadtwehr sofort aufzulösen ist und die sämtlichen Waffen sofort abzuliefern sind und daß der Senat in der nächsten Bürgerschaftssitzung Bericht zu erstatten habe, daß die Bremer Stadtwehr aufgelöst ist und die sämtlichen Waffen abgeliefert sind. Der Senat konnte sich nicht entschließen, eine Entscheidung zu treffen und will innerhalb zwei Wochen Antwort geben. Daraufhin erklärte der Unabhängige Dr. Künkler, seine Fraktion erblicke in der Stellungnahme des Senates nichts anderes, als die Bestrebungen, sich den durch den Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen zu entziehen. Das bedeute eine Hingabe des Senats an die Reaktion und eine Gefährdung der Revolution. Er stellte den Antrag, dem Senat in seiner Gesamtheit das Vertrauen zu entziehen. Die Unabhängigen seien bereit, die Konsequenzen auf sich zu nehmen. Unsere Fraktion trat diesem Antrage bei. Die Beschlußfassung über die Vertrauensfrage wurde auf den 18. Dezember vertagt. Die letzte Bürgerschaftssitzung hat also dem Bürgerregiment, das sich einmütig gegen die Auflösung der Stadtwehr wendete, einen kräftigen Stoß versetzt. Bremens Kaufleute versuchen, wie die Orgeschleute in Bayern, daß ihnen ein besonderer Braten serviert werde. Die Unabhängigen wurden endlich durch die Politik des Geschäftssenats aus ihrer Ruhe aufgescheucht. Sie verbauten durch ein Mißtrauensvotum dem Senat den Weg, den er sich gewählt hatte. Damit ist die Situation im Bremer Parlament völlig verändert. Eine Regierungskrise ist eingetreten, die mit dem Augenblick, wo die Mehrheit der Bürgerschaft dem Senat das Mißtrauen ausspricht, klar in Erscheinung treten wird. Noch am 9. Juni erklärte Dr. Künkler, daß die U. S. P. in keine Regierung eintreten könne, die mit von M.-S. gebildet sei, und durch die Haltung der U. S. P. wurde die Regierung ganz ohne Zwang der bürgerlichen Minderheit ausgeliefert. Heute hat man endlich die Verantwortungsscheu abgestreift und klipp und klar erklärt, die Verantwortung mit zu übernehmen. Es ist der Gedanke endlich auch hier zum Durchbruch gelangt, daß der, der eine Regierung mit stürzt, auch die Verpflichtung hat, eine neue mit bilden zu helfen. Der Geschäftssenat hat bei seiner Geburt von unserer Fraktion die Zustimmung erhalten, ihn „parlamentarisch zu ermöglichen". Unsere wohlwollende Neutralität ist uns vom Geschäftssenat übel gelohnt worden, nicht minder von den bürgerlichen Parteien. Sie waren damit einverstanden, daß die Sipo „gesäubert" und unsere Genossen wegen der harmlosesten Sachen entlassen wurden, weil die Sipo nach ihrer Meinung „völlig mehrheitssozialistisch verseucht sei". Sie waren aber glatt dafür, daß gemeine, aufhetzende alldeutsche Schriften und Flugblätter in Massen verbreitet werden durften. So wie in diesem Falle, hat bei jeder Gelegenheit, wo es den Arbeiterparteien heran liegen mußte, berechtigten Entgegenkommen [illegible]

Ja, Sie haben gut reden! Hofdame oder nicht, bleiben Sie immer ein vornehmes Fräulein, mit Verwandten, die sich Ihrer doch endlich wieder annehmen. Aber ich bin ein armes verlassenes Ding, und niemand ist, der mir hilft.

— Bin ich niemand? Hab' ich dich nicht immer wie eine Schwester gehalten? Hab' ich dir nicht versprochen, meinen letzten Bissen mit dir zu teilen, für dich zu sorgen wie ich kann? Und hab' ich je mein Wort gebrochen?

— Ja, Sie wollen wohl! Aber ob Sie können? das ist die Frage. Und ich sehe keine Antwort darauf.

— Hier in Oberstein freilich nicht. Aber habe doch nur ein paar Tage Geduld. Laß mich nur erst mit der Gräfin Dhaun zusammenkommen. Ich fühle eine Ahnung, daß die Bekanntschaft mit ihr auf meine Zukunft einen mächtigen Einfluß haben wird. Und meine Ahnungen betrügen mich nicht.

— O jöha! In Zweibrücken, hatten Sie da nicht immer auch so hochfliegende Träume? Wohin sind Sie damit gekommen?

— Hier doch wenigstens auf einen grünen Zweig! Und ich komme auch noch auf einen goldenen! Im Glück Courage haben ist keine Kunst. Das kann jeder Narr. Aber hier gilt es, sich zeigen. Vertraue nur auf meine Sterne! — und jetzt schweige still! Ich sehe dort die Herren wiederkommen.

5.

Sirene [illegible]

[illegible]

mel, die Wolken saugten sich schon in sie hinein; verlorene Sonnenblicke zuckten noch ahnungsvolle Streiflichter in das Graus, dann rissen einzelne Blitze scharf zickzack durch — die Luftriesen türmten sich höher, man hörte deutlich, wie sie ineinander knirschten. Der Wind fegte weiße Staubwirbel von der Landstraße in die Bäume umher, die sich vor seiner Geißel beugten. — — Trübe Finsternis verschlang die Gegend. Unsere Wanderer eilten mit verdoppelter Hast. Hier flog ein Hut, dort ein Band; die Kleider schlugen den beiden Mädchen hindernd um die Füße. Lothar hatte Sirenens Arm und riß sie mit sich fort. — Es kommt schneller, als ich dachte. Nur alle Kräfte drangesetzt, daß wir noch die Ruhestätte erreichen! Können Sie auch noch fort? Wir haben nicht mehr weit!

— Nur zu! Lassen Sie uns laufen! Ist denn hier ein Haus?

— Wenn man es so nennen will, ja! Aber ein Nest, wie Sie gewiß noch keins gesehen!

Sie rannten und rannten, kamen jetzt an eine steile Felswand und um die Ecke, wo die Nahe im weit geschwungenen Bogen durch die Klemme bricht. — Droben im Gebirg, gen Frauenburg und Sonnenberg hin, mußte schon starker Regen gefallen sein; der Fluß war bereits angeschwollen und trieb mit trüben Wellen heftiger heran. Hier stürmte nun der Wind den Eilenden grimmiger entgegen. Es war, als wollte der Aufruhr noch einmal die Berge zusammenschmettern, wie er es vor undenklicher Zeit gerade an dieser Stelle getan. — — Ein langer, breitblitzender, blendender Strahl, greller als Tageslicht, erhellt auf einmal die grauenvolle Szene. Links brauset der Fluß, rechts [illegible] die kahle Felswand hinauf, steil, gerade, mit rundlich überhangenden Köpfen. Hier sind von den zerrissenen Gipfeln gewaltige Massen abgerutscht, haben sich in abenteuerlichen Formen und Lagen an den Berg angelehnt, auf dem sie früher oben gelegen. Das sind die „gefallenen Felsen" — wildes, zerklüftetes, loses Gestein, vom rohen Tal [illegible]

(Fortsetzung folgt.)

derungen zu finden, der Geschäftssenat versagt. Das Mißtrauensvotum erhält der Senat für die Summen seiner arbeiterfeindlichen politischen Handlungen. — Nach neueren Meldungen ist der Bremer Senat zurückgetreten. Die rechtsstehenden Parteien der Bürgerschaft fordern einen Volksentscheid. Bis dahin führt der Senat die Geschäfte weiter.

Arbeiterbewegung.

25000 Textilarbeiter ausständig. Im München-Gladbacher Bezirk haben am Montag 25 000 Arbeiter der Textilindustrie die Arbeit niedergelegt. Ihre Lohnforderungen waren bewilligt worden, die Einführung der 46stündigen Arbeitswoche jedoch nicht.

Auf dem Wege nach Moskau gestrauchelt. Am 11. Oktober dieses Jahres nahm eine Versammlung der Filiale Berlin des Verbandes der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands nach einem Referate des Gauleiters Johannes Sibura eine Resolution an, die den Abmarsch der Filiale in das Lager der Moskauer einstimmig ausdrückte. „Revolutionäre" bis ins Innerste der Seele predigte Sibura gegen das verrottete Unternehmertum und gegen die Gewerkschaftsbureaukratie den schärfsten Klassenkampf. Jeder, der auch nur wagte, eine andere Anschauung als er kundzutun, war ein „Verräter" an den Interessen der Arbeiterschaft und der dritten Internationale.

Unbeschadet dieses „revolutionären" Maulaufreißertums verstand Gauleiter Sibura der Bekämpfung des Kapitals ganz neue, bisher von der Arbeiterschaft noch nicht betretene Wege zu weisen. Seine Bekämpfung des States und des Kapitals fing damit an, daß er sich von Ende 1919 bis 22. Mai 1920 seelenruhig die städtische Erwerbslosenunterstützung auszahlen ließ und nebenher noch das Gehalt als Angestellter seiner Organisation quittierte. Die Erwerbslosenfürsorge der Stadt Berlin hat Strafantrag gegen diesen Moskauer Apostel gestellt.

Aber Sibura machte Fortschritte. Was soll man dazu sagen, daß dieser „revolutionäre" Arbeitervertreter, der das Unternehmertum tagtäglich mit dem Maule bekämpfte, sich nicht scheut, mit seinen Todfeinden in verschiedenen Weinlokalen Zechgelage zu veranstalten und dabei Arbeitgeber, mit denen er sich duzt, obendrein zu veranlassen sucht, für seine Interessen größere Summen zu opfern.

Aus einem vorliegenden Schriftstück gibt der „Vorwärts" nachstehendes Bild wieder: Ort der Handlung eine Berliner Weinkneipe. Zeit: später Nachmittag des 1. November. Personen: einige Unternehmer, Gauleiter Sibura nebst einem Genossen.

Sibura: Was denkt sich denn eigentlich die Firma B., wenn sie sich niemals bei mir ehrlich macht? Verschiedene andere Firmen sind darin bedeutend großzügiger und zugänglicher. Denkt die Firma vielleicht, daß mit den 80 M., die ich neulich von Herrn J. erhalten habe, alles abgemacht ist? Das Lumpengeld kann ich sofort Herrn J. zurückgeben. Hier muß mehr springen.

Unternehmer: Mäßigen Sie sich doch. Das ganze Lokal braucht doch nicht zu wissen, was wir sprechen. Im übrigen schlafen Sie sich erst mal Ihren Rausch aus, dann werden Sie anders über die Sache denken.

Sibura: Einen Anzug und einen Ulster müssen Sie mir kaufen, den dazugehörigen Hut und die Stiefel werde ich schon von einem anderen Unternehmer bezahlt erhalten.

Der Unternehmer lehnt dies kategorisch ab. Wenn Sibura von ihm ein Darlehen wolle, dann solle er ihn in seinem Bureau aufsuchen, wenn er nüchtern ist. Doch Sibura ließ keine Ruhe. Die Gelegenheit war zu günstig. Um dem Treiben ein vorläufiges Ende zu machen, gab der Unternehmer dem Sibura seine Geschäftskarte mit der schriftlichen Verpflichtung, daß er für den „Moskowiter" einen Ulster und einen Anzug bezahle. Damit war aber Sibura nicht zufrieden. Er verlangte eine sofortige Auszahlung von 1000 Mark, da der Unternehmer doch noch von seiner Zusage zurücktreten könnte. Darauf ließ sich der Unternehmer nicht ein und glaubte, daß diese Sache nach dem Verlassen des Lokals erledigt sei. Das aber war ein schwerer Irrtum, denn andern Tages marschierte der Revolutionär Sibura in das Geschäft einer Schneidergenossenschaft, gab dort die Karte ab und ließ sich zu einem neuen Anzug und einem Ulster Maß nehmen. Preis 3500 Mark. Vorsorglich erkundigte sich die Schneiderfirma erst bei dem Unternehmer, was an der Sache sei, ob dieser den Anzug für Sibura auch bezahlen wolle. Das wurde von dem Unternehmer verneint. Nach einigem Hin und Her blieb die Sache auf sich beruhen.

Als diese Dinge unter der Mitgliedschaft ruchbar wurden, suchte sich Sibura damit zu verteidigen, daß er nur die „Korruption des Unternehmertums" aufdecken wolle.

Angesichts des außerordentlich schwer belastenden Materials wurde in einer am letzten Sonntag stattgefundenen Versammlung eine Untersuchungskommission gewählt, die die Sache weiter verfolgen wird. Von dem Zentralvorstand ist Sibura seines Postens als Gauleiter enthoben worden. Jetzt predigt dieser Held, um seine Taten zu verschleiern: Los von den Gewerkschaften! Wer wird der Nächste sein?

Theorie und Praxis. Die Alt- und Neu-Kommunisten sind auf Grund der Moskauer Aufnahmebedingungen verpflichtet, mit aller Schärfe den Kampf gegen die „gelben" Gewerkschaften zu führen. Das wird dann auch von diesen Leuten sehr ausgiebig getan. In ihrer Agitation gegen die „Verräter an der Arbeiterschaft" reiten sie vor allen Dingen auf ihrem Steckenpferd, den Arbeitsgemeinschaften, herum. Diese werden, wie jede Verhandlung mit den Unternehmern zwecks Festsetzung von Lohn- und Arbeitsbedingungen, abgelehnt, da sie angeblich auf die revolutionäre Entwicklung hemmend einwirken. Die selbständigen Betriebsräteorganisationen, die nur den Kampf kennen und alle Verhandlungen ablehnen, sollen die Arbeiterschaft zum Siege führen.

Zu den Anhängern dieser Theorie gehört auch Wilhelm Schuhmacher, der erste Bevollmächtigte des Schneiderverbandes. Wie er aber diese kommunistische Theorie in die Praxis umsetzt, dafür folgende Tatsachen:

Vor einiger Zeit hielt Schumacher ein Referat über seine Reise nach Sowjet-Rußland, nachdem er dasselbe vor Arbeitern gehalten hatte, im Verein Berliner Kaufleute und Industrieller. Der Unterschied bestand nur darin, daß er in dieser Versammlung die Verhältnisse in Rußland nicht so rosig schilderte, wie er das in Arbeiterversammlungen und in der radikalen Presse tut. Die anwesenden Großindustriellen glaubten allerdings seinen Ausführungen wenig, und vor allen Dingen soll ihm Geheimrat Borsig manche Schwierigkeiten bereitet haben.

Soweit der nackte Tatbestand.

Wir haben grundsätzlich nichts dagegen einzuwenden, begrüßen es vielmehr, daß die Unternehmer sich von Arbeiterführern über die Stimmungen der Arbeiter und über die bei ihnen herrschenden Meinungen unterrichten lassen. Wir hätten daher auch die Handlung Schuhmachers nicht erwähnt, wenn dieser Ultraradikale Neu-Kommunist nicht jedes Zusammenarbeiten der freien Gewerkschaften mit der Unternehmerschaft als „Verrat am Proletariat" bezeichnet und bekämpft hätte.

Die Berliner „Freiheit" ist über dieses Betragen ihres ehemaligen Freundes furchtbar aufgeregt, spricht von seiner „Würdelosigkeit" und nennt ihn „eine Art Spaßmacher". Zum Schluß fordert sie die Arbeiterschaft auf, Leute solchen Schlages, die durch ihre Handlungen bewiesen, daß sie die Würde der ihnen anvertrauten Bewegung nicht zu wahren wissen, zum Teufel zu jagen".

Von den Nachtseiten der Weltgeschichte.

Prof. Dr. L. Lewin veröffentlicht soeben im Verlage Julius Springer ein überaus interessantes Buch: „Die Gifte in der Weltgeschichte." Dies Buch, erstaunlich durch eine ganz ungeheure Belesenheit, ist eines der ergreifendsten Dokumente der Geschichtsschreibung und wird weit über die Kreise der Mediziner hinaus wirken als ein Warnungsruf, nicht zum letzten für politisch hochbrandende Epochen. Von der grauen Vorzeit, von Medea im sagenumsponnenen Kolchis an, über die römische Cäsarenzeit, durch das Mittelalter hindurch, durch die Geschichte von Kaisern und Päpsten bis hinein in die Giftgase, mit denen die Kulturnationen vor kurzem noch arbeiteten, führt Lewin den Zug der Toten, die den Giften, durch eigene Hand oder durch den Willen feindlicher Bösewichter, erlagen.

Wir bringen aus dem Buche hier einige Proben, die natürlich den Reichtum dieser von der Nachtseite des Lebens her geschriebenen Kulturgeschichte nur leise andeuten können.

Vergiftetes Trinkwasser als Kriegsmittel.

Die älteste Nachricht über eine derartige Vergiftung stammt aus der Zeit des Solon, etwa 600 v. Chr. In dem gegen Kirrha ausgebrochenen Kampfe ließ er ein Flüßchen, das durch die Stadt ging, davon ableiten. Die Belagerten erhalten sich mit Brunnen- und Regenwasser. Nun ließ er viele Wurzeln von Nieswurz in das Flüßchen werfen und leitete es dann wieder in die Stadt. Nachdem die Kirrhaer reichlich davon getrunken hatten, bekamen sie so heftige unaufhörliche Durchfälle, daß sie die Bewachung der Mauer unterlassen mußten. So unterlagen sie.

Gewerbsmäßige Giftmorde.

Professor Lewin nimmt an, daß die Vergiftungswelle 1670 ihren Höhepunkt erreicht habe. In jener Zeit berühmt geworden ist La Voisin, ein Weib aus der Hefe des Volkes mit gemeinen Manieren, die allein für sich Hekatomben von Menschen geopfert hat. Sie verdiente enorme Summen, feierte jeden Tag Feste, und kleidete sich für hunderttausende Franken. Sie erklärte bei ihrer Vernehmung, daß Giftmorde bis zu 5000 Franken bezahlt wurden. Mehr als 2500 nicht ausgetragene Kinder wurden angeblich durch sie verbrannt oder vergraben. — Die Giftmischerin König, um 1800, hat mit Arsen 21 Morde, die Giftmischerin Gottfried in Bremen, 1831, 15 Morde und 15 Mordversuche unternommen, eine Frau von der Linden in Leyden von 1869—1885 28 Morde und 50 Mordversuche.

Teures Gift.

Die tödliche Dosis des Giftes war dem Vollstrecker des Urteils so gut bekannt, und wurde von ihm so exakt zugemessen, daß er dem Sokrates nicht erlauben wollte, eine Spendung vorzunehmen. „Wir bereiten," sagt er, „nur so viel, als wir glauben, daß hinreichend sein wird." Es war somit ein bestimmtes Gewicht erforderlich. Dies ist auch aus der Schilderung des Plutarch im Leben des Phokion ersichtlich. Nachdem die vier Genossen des Phokion: Nikokles, Thudippus, Hegemon und Pythokles, bereits ihre Giftdosis getrunken hatten, fehlt Gift für Phokion. Der Scharfrichter wollte kein neues „reiben", wenn er nicht 12 Drachmen, den Preis der erforderlichen Giftmenge, erhielte. Eine attische Silberdrachme entsprach 0,79 Mk. Mithin würde der Schierlingstrank den sehr hohen Preis von 9,50 Mk. gehabt haben. Dieser wurde für eine Holke, d. h. eine Drachme Gewicht, also etwa 4,5 g bezahlt worden sein, Phokion hat einen Freund, das Geld zu geben, mit der Bemerkung, daß Athen nicht einmal umsonst sterben lasse.

Don Carlos — eine Arsenvergiftung.

Ueber den Fall des Prinzen Don Carlos, der von seinem Vater Philipp II. ein Jahr lang in Gefangenschaft gehalten wurde und dahinsiechte, sind viele Vermutungen ausgesprochen worden. Am weitesten verbreitet ist wohl die Ansicht, Don Carlos sei geisteskrank gewesen. Prof. Lewin indessen glaubt aus den Berichten der zeitgenössischen Aerzte auf eine Arsenvergiftung schließen zu können. In den Originaldepeschen des französischen Gesandten am Hofe zu Madrid heißt es u. a.: „Don Carlos schlief fast nicht, wurde mager und trocken, und die Augen sanken in den Kopf. Er wurde von dauerndem inneren Brand und Durst gequält und trank maßlos Eiswasser. Dabei bestand Fieber." Zwischen dem 10. und 15. Juli müssen starke Dosen von Arsen eingenommen worden sein. Das Erbrechen wurde so hartnäckig, daß er das Abendmahl nicht mehr nehmen konnte. Am 21. April verschied der Prinz bei vollem Verstande. Der Tod war, wie gewünscht, eingetreten, wie Lewin annimmt, dank der Arsenikvergiftung. Der Krankheitsverlauf bei Carlos stelle geradezu den Schulfall einer subchronischen Arsenikvergiftung dar.

Radikalkur gegen Vergiftung.

Albrecht I., der Sohn Rudolfs von Habsburg, hatte mit dem Erzbischof von Salzburg einen Streit „des Salzwerks halber, so sein Gemahl, die Kaiserin Elisabeth, aufgebaut hatte bei Gmünd. Und da der Bischof dem Kaiser mit Waffen und Volk nichts anhaben konnte: versuchte er sein Heil mit Gift: dingte durch große Gaben einen unter des Kaisers Dienern, der ihm in Speise und Trank soviel starkes Gift beibrachte, daß er tod krank ward. „Aber die Aerzte erhielten ihn. „Sie bunden seine Beine oben an; das sein Haupt unten auf der Erden stund, und thaten ihm ein künstlich bereitetes Instrument in den Mund und Halß, daß er sich immerdar erbrechen und das Gift ausspeyen mußte, und von dem Instrument Odem in sich zog, das er nicht erstickte: Also ist ihme in dieser künstlichen Erbrechung das Gifft zum Munde, Nasen und Augen aus dem Leibe gekommen, das er wieder gesund geworden aber doch ein Auge darüber verloren hat. Das hatte er dem geistlichen Vater zu danken, der hatte es vom Papste gelernt, Gifft für Artzeney, Tod für Leben zu geben, das zu Rom gar eine geheime Kunst ist."

Voltaires Tod.

In einem Zeitungsblatt vom Juni 1778 fand ich die folgende Mitteilung aus Paris: „Endlich ist der alte Philosoph und Dichter Herr von Voltaire am Sonnabend den 30. Mai des Abends um 11 Uhr und zwar an den Folgen seiner Unvorsichtigkeit, weil er auf einmal zu viel Opium eingenommen, verstorben."

Napoleon I.

Mit Gedanken, sich durch Gift das Leben zu nehmen, trug sich kein Geringerer, als Napoleon. Auf St. Helena diktierte er das folgende dem Grafen von Montholon, dem für alle Zeiten vorbildlichen Manne der Treue: „Seit dem Rückzuge aus Rußland trug ich, um den Hals gehängt, Gift in einem seidenen Beutelchen. Ivan hatte es auf meinen Befehl präpariert, in der Furcht, ich könnte von den Kosaken gefangen werden. Warum sollte ich so viel leiden, sagte ich mir, und warum sollte nach meinem Tode die Krone nicht auf meinen Sohn übergehen? Frankreich wäre gerettet worden ... Ich zögerte nicht, sprang aus meinem Bette und löste das Gift in wenig Wasser auf. Ich trank es mit einer Art von Glücksempfindung. Die Zeit hatte ihm aber seinen Wert geraubt. Schreckliche Schmerzen preßten mir Stöhnen aus. Man hörte es und brachte Hilfe. Gott wollte nicht, daß ich schon stürbe. St. Helena lag auf meines Geschickes Bahn." In den neuerdings veröffentlichten Memoiren von Fain, dem Sekretär Napoleons, wird angegeben, daß der Leibarzt Ivan, der ihn seit dem italienischen Feldzuge stets begleitet hatte, von ihm mit Ehren überhäuft worden war, ihn aber 1814 in Fontainebleau verließ, das Gift zubereitet hatte. Masson berichtet, daß der Kaiser seit 1808 über seiner Flanellweste, an einem schwarzen Bande aufgehängt, eine herzförmige, etwa nußgroße Hülle aus schwarzem Atlas trug, das ein Säckchen mit Gift barg. Dieses war nach einer Formel von Cabanis bereitet worden. Im Jahre 1812 ersetzte er es durch ein anderes, das ihn 1814 im Stiche ließ.

Obschon er 1815 nach Waterloo wieder ein sicheres Gift besaß, so gebrauchte er es nicht, weil er wollte, daß sich sein Schicksal erfülle. „Sein Martyrium und sein Tod bildeten die einzige Rache des besiegten Frankreich gegen das siegreiche England." Leider erfährt man nichts über den Vergiftungsverlauf und über die Art der Behandlung, woraus man einen Schluß auf die Art des [illegible] Opium ist nicht zu denken, da an [illegible] und sich [illegible] an der ehemalige [illegible] stabile Sublimat nicht, weil auch einem Laien bekannt genug gewesen ist, daß es ein schweres Leiden erzeugt. Eine gewisse Wahrscheinlichkeit spricht für Arsenik, das in zu kleiner Menge genommen worden war.

Hexensalben.

Andreas Laguna, der Leibarzt Karls V., hat von der Wirkung der Hexensalben bemerkt, daß sie nicht nur besinnungslos machten, sondern auch Vorstellungen erregten, die so deutlich und leibhaft seien, daß die, welche die Salbe gebrauchten, auch wenn sie wieder zu sich kämen, sie für wahr hielten und als wirklich gesehene Vorkommnisse erzählten. Der berühmte Gassendi traf einst einen Hirten, der ihm versicherte, daß er eine Salbe besitze, durch welche er auf den Hexensabbat gelangen könne. Mittels einer Röhre brachte er sich dieselbe in den After. Bald wurde er dadurch benommen und fiel in einen lange anhaltenden Schlaf. Er erzählte dann seinen Genossen merkwürdige Visionen, die er gehabt habe, ohne zu verraten, daß sie durch eine Hexensalbe hervorgerufen worden seien. Es gelang Gassendi festzustellen, daß der Schäfer schwarzes Bilsenkraut (Hyoscyamus niger) sammelte, das er mit Fett und Oel zu einer Salbe verrieb.

Reich und Ausland.

Bestrafung eines Schiebers. Der Kaufmann Emil Max Freudenberg in Dresden wurde vom Dresdener Landgericht wegen umfangreicher Schiebungen in Schuhwerk zu 9 Monaten Gefängnis 100 000 Mark Geldstrafe und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Explosionsunglück. Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich Montag im Lager Lechfeld bei Augsburg. Beim Verladen von italienischer Beutemunition explodierte eine schwere Granate, wobei drei Arbeiter getötet und drei weitere schwer verwundet wurden. Der Feuerwehr gelang es, den entstandenen Brand auf seinen Herd zu beschränken.

Um Schnaps zum Mörder geworden. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" aus Breslau warf der Leutnant Wislek im betrunkenen Zustande eine Handgranate in ein Restaurant, in dem ihm die Verabreichung von Schnaps verweigert worden war. Durch die Explosion wurden zwei Leute getötet und sechs verwundet. Der Täter wurde verhaftet.

Sittlichkeitsverbrechen in der Narkose. In Stolp i. Pomm. wurde der praktische Arzt Dr. Mendelsohn verhaftet, der von einem jungen Mädchen beschuldigt wird, an ihr in der Narkose ein Sittlichkeitsverbrechen begangen zu haben. Verschiedene andere Mädchen, die bisher aus Scham geschwiegen haben wollen, treten mit gleichen Anschuldigungen in die Oeffentlichkeit. Die Staatsanwaltschaft lehnte es ab, gegen eine angebotene hohe Kaution den Arzt auf freien Fuß zu setzen.

Folgenschwere Explosion. In den Bayerischen Sprengstoffabriken in Neumarkt fand Montag nachmittag aus unaufgeklärter Ursache eine Explosion im Mischraum statt. Drei Tote und etwa zehn Schwerverletzte und 100 Leichtverletzte wurden geborgen. Das Gebäude ist stark beschädigt. Der Betrieb wird teilweise aufrecht erhalten. Noch unbestätigte Berichte melden fünfzehn Tote.

Vernichtung einer Familie. Im Schwarzwaldort Rippoldsau erschoß der Fabrikant Konrad aus Wuelfingen infolge finanzieller Schwierigkeiten im Einverständnis mit seiner Frau diese, seine drei kleinen Kinder im Alter von 1 bis 8 Jahren und dann sich selbst.

Genossenschaftsbewegung.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine erzielte in ihren Handelsabteilungen bis Ende Oktober dieses Jahres einen Umsatz von 842 048 775 Mark und wird es bis zum Jahresschluß auf etwa 1¼ Milliarde Mark bringen. Ist auch die zahlenmäßige Steigerung zu einem erheblichen Teil auf die Teuerung (Geldentwertung) zurückzuführen, so ist doch auch in manchen Warenarten ein Mehrumsatz zu verzeichnen. Trotz der großen Schwierigkeiten sucht die Gesellschaft dauernd ihren Betrieb zu erweitern. Bezüglich des Fisch- und Fleischwarengeschäfts ist zu bemerken, daß Schritte zum Ausbau unternommen sind. In Geestemünde wird ein Kontor errichtet, das frische Fische in der Auktion ersteht und sie verpackt und versendet. Außerdem ist in Altona ein Grundstück erworben, in dem Marinierer ei, Braterei und Räucherei eingerichtet werden. Ein weiterer Schritt vorwärts ist getan, indem in den hauptsächlichsten Produktionsgebieten Personen für den Ankauf von Landesprodukten beschäftigt sind, die den betreffenden Lagerverwalter in seinen etwas erweiterten Funktionen unterstützen. Einkaufskontore im Auslande sind in Aussicht genommen. Neue Lager sollen in Stuttgart, Königsberg und voraussichtlich in Minden errichtet werden. Neue Einkaufsvereinigungen wurden errichtet in Goslar, Herzberg, Falkenberg, Plattling und Würzburg; geplant sind solche in Ulm, Fulda und Görlitz. Es geht also vorwärts, bei den einzelnen Vereinen wie bei ihrer Zentrale.

Handel und Industrie.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 7. Dezember.
Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

		7. Dez.	6. Dez.
Holland	100 fl.	2377½	2282½
Kopenhagen	100 Kr.	1102½	1057½
Stockholm	100 Kr.	1497½	1452½
Kristiania	100 Kr.	1097½	1052½
Helsingfors	100 finn. Mk.	165	165
Schweiz	100 Frs.	1207½	1162½
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	23	23
Budapest	100 K.	18½	16
Prag	100 K.	85	85½
Spanien	100 Pesetas	977½	960
London	1 £	269½	259¼
Paris	100 Frs.	460	447
Belgien	100 Frs.	490	472
Italien	100 Lire	270	270
Bukarest	100 Lei	—	—
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	78½	75
do. briefl. Ausz. od. Scheck		75⅝	75½

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit Tage	Std.
		Angekommen am 7. Dezember.				
D.		Gustav Fischer	Budig	Oxelösund	2	
D.		Hertha	Kroß	Malmö	12	
D.		C. W. Hilde	Hasselbusch	See		4
	S.	C. W. Friedrich	Hollborn	See		4
	S.	C. W. Heinrich	Tiedemann	See		4
D.		Carl Kiehn	Koler	Oxelösund	4	
	M.	Irene Kiehn	Ebsen	Oxelösund	4	
	S.	E. G. Grete Kiehn	Jensen	Oxelösund	4	
	S.	Theo Kiehn	Halchow	Oxelösund	4	
		Abgegangen am 6. Dezember.				
D.		[illegible]	[illegible]	Malmö		15
D.		[illegible]	[illegible]	Kopenhagen	1	

Regierung. Eutin, den 6. Dezember 1920.
Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.

Betreffend beschleunigte Umanerkennung der Kriegshinterbliebenenbezüge.

Damit die Neufestsetzung der **Hinterbliebenenbezüge** nach dem neuen Reichsversorgungsgesetz beschleunigt durchgeführt werden kann und alle bedürftigen Kriegerwitwen und Waisen in möglichst kurzer Zeit in den Genuß ihrer höheren Bezüge gelangen, wird die Hauptfürsorgestelle an folgenden Tagen Sprechstunden zur Entgegennahme von Anträgen auf beschleunigte Umanerkennung der Hinterbliebenenbezüge abhalten und zwar

in **Eutin** am Freitag, dem 10. Dezember, von 9 bis 1 und von 3 bis 5 Uhr im Regierungsgebäude, Zimmer 27,

in **Bahnhof Gleschendorf** am Sonnabend, dem 11. Dezember, von 9 bis 12 Uhr, in Weidemanns Hotel.

in **Ahrensbök** am Montag, dem 13. Dezember, von 10 bis 12 Uhr in W[illegible]demanns Hotel.

in **Hutzfeld** am Dienstag, dem 14. Dezember, von 10 bis 12 Uhr in H. Wulfs Gasthof,

in **Bad Schwartau** am Mittwoch, dem 15. Dezember, von 10 bis 12 Uhr im Amtsgerichtsgebäude, Zimmer 22,

in **Stockelsdorf** am Donnerstag, dem 16. Dezember, von 10 bis 12½ Uhr im Rathaus,

in **Malente** am Freitag, dem 17. Dezember, von 2 bis 6 Uhr im Gemeindebureau,

in **Pansdorf** am Sonnabend, dem 18. Dezember, von 9 bis 12 Uhr in Guhls Bahnhofshotel.

Bei Stellung des Antrages sind die in Händen der Antragsteller befindlichen Militärpapiere, Bescheide usw. vorzulegen. Der Truppenteil des verstorbenen Mannes usw. und die Geburtstage der **Kinder** sind anzugeben. Die Umanerkennung der Renten der **Kriegsbeschädigten** erfolgt ohne besonderen Antrag durch die Hauptversorgungsämter. (10678) **Willms.**

Für die vielen Geschenke und Gratulationen anläßlich ihrer Hochzeit danken herzlichst (10652
Ernst Lüthgens u. Frau, Lina geb. Holthaus,
Otto Kiekbusch u. Frau, Martha geb. Lüthgens.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur
silbernen Hochzeit
danken herzlich (10662
J. Knüppel und Frau.

Am Montag abend 10 Uhr starb nach kurzer, schwerer Krankheit im 39. Lebensjahre meine liebe, herzensgute Frau, die treusorgende Mutter meiner Kinder

Dorothea Engels
geb. Schweitzer.

Schmerzlich vermißt und tief betrauert.
Konrad Engels und Kinder.
Lübeck, 6. Dez. 1920. Engelsgrube 33.

Trauerfeier: Kapelle Vorw. Friedhof, Sonnabend, 11. Dezember, mittags 1¾ Uhr. (10656

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Lübeck

Nachruf.

Am Sonntag, dem 5. Dezember verstarb unser langjähriger Kollege, der Laftadienarbeiter
Johann Rumpf
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, dem 10. Dezember, nachmittags 2 Uhr, auf d. Vorwerker Friedhof statt. Sammelplatz um 1¾ Uhr daselbst. (10679
Die Ortsverwaltung.

Zu verk. 1 n. rl. Blockwagen. 10653) Bleicherstr. 29.

Z. verk. 1 Pupp.-Stube m. Einr., 1 Küche m. Einr., 1 Puppe, 3 [illegible], 1 [illegible], div. Eisenbahnschienen, 1 Bläserjacket, 1 Kindermantel f. 2-4 J. 10676) [illegible] 3, II.

---

1 Bluttaner z. Schlacht. z. v. 10657) [illegible] 44a, II.

[illegible] 15, II, I.

[illegible]

[illegible]

---

1 gut erh. Blockwagen zu kauf. gesucht. Ang. m. Pr. u **D D** a. d. Exp. (10672

Ein Puppenwagen z. vk. 10664) Fischergrube 41 I

Bedding.-Kinderw. u. Bett. T. z. vk. (10658) Breitestr. 41

Damen-Schnürstiefel (zw. Paar, fast neu, Größe 39 u. 40) zu verkaufen. (10654 Rosenstraße 10 II.

Zu verk. **3 Gaslampen.** 10669) Hansastr. 100 pt.

Schöne Palme z. kauf. ges. Angeb. u. **B A** a. E. (10673

---

1 g. erh. gr. Blockw. z. k. g. Ang. m. Pr. u. **H 21**. (1066[illegible]

---

2 Küchenst. z. k. ges. (1066[illegible] Ang. u. **N M 29** a. d. Exp.

Rohrstühle w. geflochten 10655) Obertrave 28, I.

A. Soltmann
Dentist (1068[illegible]
Fleischhauerstr. 4, I.

Arbeiter-Notiz-Kalender
für das Jahr 1921.
Mk. 3.50.
Buchh. Fr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Anzeigen
für hiesige und auswärtige Zeitungen und Zeitschriften vermittelt zu Originalpreisen
Die Geschäftsstelle des „Lübecker Volksboten"
Johannisstraße 46.

Vorwärts-Notiz-Kalender
Mk. 3.—
Friedr. Meyer & Co.

Vorwärts-Almanach für 1921!
Preis 4.— Mark.
Fr. Meyer & Co.,
Buchhandlung

Praktische Bedarfsartikel
sind die besten (10688
Weihnachts-Geschenke

Eleg. Herren-Stiefel	195.00	168.00	95.00
Eleg. Damen-Stiefel	165.00	148.00	95.00
Damen-Halbschuhe	158.00	134.00	84.50
Damen-Hausschuhe		49.00	29.50
Herren- und Damen-Pantoffeln		19.80	11.85
Hosenträger mit Leder		16.50	14.75
Einsatz-Hemden	65.80	62.00	58.50
Manschett-Hemden prima Qualität			95.00
Regenschirme	75.00	64.50	59.00
Herren-Mützen farbig	14.50	11.25	9.50
Knaben-Mützen farbig	11.50	10.80	9.50
Damen-Schürzen	38.50	34.80	29.50
Damen-Lackgürtel	8.75	6.95	5.95
Blusen- und Jackettkragen	15.00	12.50	9.85
Taschentücher weiß und farbig		5.95	3.45
Handtaschen	12.95	8.75	4.50

Herren-Hüte in hübschen modernen Farben
Serie I **39.50** Serie II **53.00**

Hans Struve, **Lübeck** Königstraße 87/89 (Ecke Wahmstraße).
Rendsburg. Neumünster. Itzehoe.

Unser Waisenhaus in Not!

Gemeinsinn und Opferfreudigkeit unserer Altvorderen haben das Lübecker Waisenhaus im Mittelalter geschaffen.

Jahrhundertelang hat es, getragen von dem Wohlwollen der ganzen Bevölkerung und der Liebe und Anhänglichkeit der alten Zöglinge, seine hohe und große Aufgabe erfüllt, bedürftige Waisen in seinem Schoß aufzunehmen, ihnen Unterhalt Erziehung und Unterricht zu gewähren, eine freundliche Jugendzeit zu bereiten und sie zu brauchbaren, dem Leben gewachsenen Menschen heranzubilden. Erfreulich sein auch die große Anzahl, aus ihm hervorgegangener angesehener Handwerker, gesuchter Arbeiter und Hausangestellten, tüchtige Kaufleute und pflichtgetreuer, im lübeckischen Staatsdienste angestellter Beamten.

Bei Nachgehung seiner Aufgabe hat dem Waisenhause für und für zur Seite gestanden wiederum der Gemeinsinn und die Opferfreudigkeit unserer Mitbürger, die zu keiner Zeit aufgehört haben, dem Waisenhause und auch noch aus der Fremde her, große und kleine Spenden mit warmer Hand oder durch Vermächtnisse zuzuwenden. So war das Waisenhaus in der Lage, im Wandel der Jahrhunderte bis nicht vor langer Zeit seinen Vermögensbestand unversehrt zu erhalten, ja zu erhöhen.

Jetzt aber hat die nach dem unglücklichen Kriege eingetretene ungeheure Verteuerung aller Lebensbedürfnisse das Waisenhaus trotz aller von ihm angewandter Sparsamkeit außer Stand gesetzt mit seinen Einkünften auszukommen, sodaß die Vorsteherschaft genötigt gewesen ist, an den Staat mit der Bitte heranzutreten, sehr namhafte Zuschüsse für die kommende Zeit zu gewähren. Es ist aber in das Vermögen des Waisenhauses bereits eine bedenkliche Bresche geschlagen, die es auszufüllen gilt, wenn nicht das Waisenhaus gezwungen werden soll, in kürzester Zeit seine Tore zu schließen und seine für Lübeck so segensreiche Tätigkeit einzustellen.

An Lübecks gesamte Bevölkerung richtet daher die unterzeichnete Vorsteherschaft die dringende herzliche Bitte:

Wollt ihr unser altes Waisenhaus für Lübeck erhalten, so gebt, und gebt reichlich, ein jeder nach seinem Können!

Gütig zugedachte Gaben werden zu Händen der unterzeichneten Vorsteher und des Waisenvaters Steen, wie auch zu Händen der Commerzbank und der Lübecker Privatbank unter der Bezeichnung „Waisenhausspende" erbeten. Die Geberlisten sollen veröffentlicht werden. Allen Spendern herzlicher Dank.

Lübeck, im Dezember 1920. (10645

Die Vorsteherschaft:
Generalkonsul Charles Petit, Konsul Otto Faber, Konsul Richard Piehl, Wilhelm Eschenburg, Dr. Bernhard Dräger, Dr. Ernst Brehmer,

---

Pa. Ledersohlen
aus Treibriemen-Abfällen empfiehlt billigst
F. Brons,
Sandstraße-Allee 5a. I. Fernsprecher 456. (10642

Bis Weihnachten erhalten Sie gegen Abgabe dieses Ausschnitts
10% Rabatt
auf (10648
Tabake, Tabakdosen, Pfeifen,
Zigarren- u. Zigarettenspitzen bei Einkauf von Mk. 10.— an.
Zigarren nur erster Fabriken in eleganten Weihnachtspackungen.
Zigarrenhaus „Meyer"
Gr. Burgstr. 7. Fernspr. 1040.

Visitenkarten
fertigt an
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Koks, Anthrazit, Briketts Holz und Torf

Theodor Lüders & Hintz,
Lübeck. (10647
[illegible]straße 50-56. Fernsprecher 188 u. 8122.

Rechnungs-Formulare
fertigt prompt an
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Salomba
mit Salmiak-Terpentin. 10677

Haltbare Hosenträger Herrenwäsche Krawatten Papier-Wäsche 10646
(Mey & Edlich).
Aug. Janensch
Sandstraße 6.

Donnerstag, Freitag und Sonnabend
10% Rabatt
Hermann Libnau, 10680
Manufakturwaren,
Schwart. Allee 53

Leder
Lederausschnitt
Ersatzsohlen in haltbaren Fabrikaten
Alle Schuhmacherartikel
C. Grimm Nachfl.,
Lederhandlung u. Schäftefabrik. 10643

Kopfläuse u. **Brut** beseitigt sofort m. **Radikalmittel**, ferner Mittel gegen jedes Ungeziefer. Verkauf und Versand. **Fr. Kröger,** beeid. Kammerjäg., Alfstr. 8. NB. Beseitige jedes **Ungeziefer unt. Garantie.** (10428

Lübecker Weinhaus Otto Voigt Fleischhauerstr. 14.
Weine Liköre Spirituosen 10649

Keine künstlichen Dünger mehr nötig!

Eine neue umwälzende Erfindung für die Landwirtschaft ist die

„Gohn'sche Dünger-Kultur"

die es jedem Landwirt ermöglicht, seine natürlichen Dünger (Dung, Mist) vollkommen mühe- und kostenlos um das drei- und mehrfache zu vermehren. Keine Anschaffung von Rohstoffen oder künstlichen Hilfsmitteln nötig, da jeder Landwirt diese für ihn bisher wertlosen und jetzt zu diesem Verfahren nötigen Rohstoffe in unerschöpflichem Maße für immer in seinem Anwesen vorrätig hat.

Durch die **„Gohn'sche Dünger-Kultur"** kann jeder Landwirt seine Einnahmen und seine Ernte mehr als verdoppeln.

Deutsches Reichspatent, D. R. G. M. und Auslandspatente in allen Kulturstaaten angemeldet.

Das Recht zur Benutzung dieses wertvollen Verfahrens (Lizenz) nebst allen Einzelheiten, wie: Lizenzurkunde, Verfahren und Anleitung zur Ausführung, wird an jedermann gegen Zahlung einer einmaligen Abfindungssumme von nur **50.— Mark** gegen Voreinsendung des Betrages oder Nachnahme oder auf Postscheckkonto 18784 Frankfurt a. M. abgegeben.

Wenn man berücksichtigt, daß es sich hier nicht um ein belehrendes Buch, sondern um das Ausbeutungsrecht einer hervorragenden neuen landwirtschaftlichen Erfindung von unschätzbarem Werte handelt, die jeden Landwirt von seiner größten Sorge, der „Düngerfrage", befreit, so ist der Preis in Anbetracht der Wertlosigkeit unseres Geldes als ein sehr mäßiger zu betrachten.

Wer das Benutzungsrecht dieses Verfahrens (Lizenz) nicht erworben hat und die Ausführung dennoch betreibt, wird nach dem Patentgesetze bis zu 1 Jahr Gefängnis und 50 000.— Mark Geldbuße bestraft und ist schadenersatzpflichtig.

Landwirte! Richtet Euch für die Frühjahrssaat und bestellt sofort die **„Gohn'sche Dünger-Kultur"**, wenn Ihr nicht mit Euren Einnahmen hinter Euren Kollegen zurückbleiben wollt!

Garantie: Sofortige Rückzahlung des Betrages, sofern die hier gebrachte Darstellung den Tatsachen nicht entspricht. (10660

Deutsche Düngemittel-Industrie
Max Gohn, Wiesbaden, Nerotal 14.

Soeben eingetroffen
Kuchen-Sirup,
zuckersüß, rein u. hochfein im Geschmack, Pfd. 4.20 ℳ.
Ferner empfehle (10685
Ia Speisefett Pfd. 17 Mk.
Ia Schweineschmalz ℔ 21,
bei 3 ℔ a 20.50 ℳ.
Schweineschmalz Pfd. 20,
bei 3 Pfd. a 19.50 ℳ.
Marmelade ℔ 1.80, 4.50,
[illegible] Gr. Burgstr. 50

Der Betriebsobmann im Kleinbetriebe.
Von Rudolf Weck.
Preis Mk. 2.50.
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.